

## **Antwort der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Bodo Ramelow,  
Anne-Mieke Bremer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke  
– Drucksache 21/3801 –**

### **Asylrechtlicher Umgang mit pakistanischen Asylsuchenden bzw. mit Ahmadiyya aus Pakistan**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Aus der Praxis erhielten die Fragestellenden den Hinweis, dass die Verteilungsregelung für pakistanische Asylsuchende geändert worden sein könnte, und zwar vor dem Hintergrund, dass das Verwaltungsgericht (VG) in Trier, das einzige Asylgericht in Rheinland-Pfalz, ablehnende Asylbescheide des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) deutlich häufiger aufhebe als Verwaltungsgerichte in anderen Bundesländern, etwa in Sachsen. Indem pakistanische Asylsuchende nicht mehr nach Rheinland-Pfalz verteilt werden, so die Vermutung, kann das BAMF das aus seiner Sicht besonders „behördenkritische“ VG Trier umgehen und dafür sorgen, dass weniger Asylbescheide als rechtswidrig aufgehoben werden. Nach Auffassung der Fragestellenden wäre es aus rechtsstaatlicher Perspektive höchst bedenklich, wenn sich Bundesbehörden bei einer regional unterschiedlichen Rechtsprechungspraxis einen ihnen „passenden“ Gerichtsstandort indirekt selbst aussuchen könnten (siehe auch <https://taz.de/Asylverfahren/!6139690/>).

Die Verteilung Asylsuchender auf die Bundesländer erfolgt nach dem „Königsteiner-Schlüssel“ (vgl. auch [www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingsschutz/AblaufAsylverfahrens/Erstverteilung/erstverteilung-node.html](http://www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingsschutz/AblaufAsylverfahrens/Erstverteilung/erstverteilung-node.html)). Welche Außenstellen des BAMF in welchen Bundesländern welche Herkunftsstaaten bearbeiten, ist in einer vom BAMF verwalteten EASY-Liste geregelt (EASY = Erstverteilung der Asylsuchenden; Liste zur Verteilung von Asylsuchenden auf die Erstaufnahmeeinrichtungen der Bundesländer, eine ältere Version ist hier veröffentlicht: [www.nds-fluerat.org/48797/aktuelles/easy-liste-zustaendigkeiten-der-aussenstellen-des-bamf-bundesweit-2/](http://www.nds-fluerat.org/48797/aktuelles/easy-liste-zustaendigkeiten-der-aussenstellen-des-bamf-bundesweit-2/)).

Die Schriftliche Frage des Abgeordneten Bodo Ramelow, ob es eine Änderung der EASY-Liste gegeben habe, sodass Asylsuchende aus Pakistan nicht mehr nach Rheinland-Pfalz verteilt werden, wurde von der Bundesregierung am 30. Oktober 2025 verneint, es habe „keine Änderungen im Sinne der Fragestellung“ gegeben (Antwort auf die Schriftliche Frage 42 auf Bundestagsdrucksache 21/2486). Erst auf Nachfrage des Abgeordneten stellte die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern Daniela Ludwig mit Schreiben vom 13. November 2025 klar, dass diese verneinende Antwort so zu verstehen gewesen sei, dass Änderungen am Verteilsystem EASY „nie

vor dem Hintergrund einer wie auch immer gearteten Entscheidungspraxis der Verwaltungsgerichte in den jeweiligen Ländern durchgeführt“ würden. Aus ihren weiteren Ausführungen ging jedoch indirekt hervor, dass tatsächlich keine Asylsuchenden aus Pakistan mehr nach Rheinland-Pfalz geschickt werden, sie würden „derzeit“ auf die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Niedersachsen und Sachsen verteilt. „Hintergrund dieser Entscheidung ist es, eine Beschleunigung der Bearbeitung dieser Verfahren zu erreichen, da durch die Bündelung auf wenige Länder gezielt herkunftslandspezifisches Wissen in den jeweiligen Außenstellen aufgebaut wird“. Die in der Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 42 auf Bundestagsdrucksache 21/2486 genannten Zahlen bestätigten die Vermutung, dass das VG Trier zuletzt erheblich mehr BAMF-Bescheide aufhob als andere Verwaltungsgerichte, etwa in Sachsen und Brandenburg, auch mehr als im Bundesdurchschnitt.

Auf weitere Nachfragen (vgl. Bundestagsdrucksache 21/3236, Fragen 47 bis 49) erläuterte die Bundesregierung, dass am 1. April 2025 eine Neuordnung der Bearbeitung von Herkunftsstaaten in Kraft getreten sei, auf die sich Bund und Länder auf einer Tagung zur Beschleunigung der Asylverfahren geeinigt hätten. Ziel der Maßnahme sei „eine ausgewogene Verteilung der Asylsuchenden auf die Länder“ und „das erforderliche Fachwissen zu bündeln“. Aus den Antworten geht gleichzeitig hervor, dass von 2020 bis 2024 die meisten Asylentscheidungen des BAMF zum Herkunftsland Pakistan in Rheinland-Pfalz getroffen wurden, die BAMF-Außenstelle in Trier bearbeitet Asylanträge pakistanischer Asylsuchender bereits seit (mindestens) 1996. Auch die meisten verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen zum Herkunftsland Pakistan wurden demnach in Rheinland-Pfalz getroffen. Dort müsste nach Einschätzung der Fragestellenden also bereits umfangreiches herkunftslandspezifisches Wissen vorhanden sein. Warum dieses Wissen künftig nicht mehr genutzt werden soll, beantwortete die Bundesregierung nicht (vgl. ebd.).

Verteilungen pakistanischer Asylsuchender erfolgen seit der Änderung der EASY-Liste vor allem nach Sachsen und Brandenburg und nur noch in wenigen Einzelfällen (vermutlich z. B. aufgrund bestehender Familienbindungen) nach Rheinland-Pfalz (vgl. ebd.). Während im Zeitraum von Januar bis September 2025 die Quote positiver Gerichtsentscheidungen bei pakistanischen Asylsuchenden in Rheinland-Pfalz bei 24,6 Prozent lag (15,3 Prozent im Bundesdurchschnitt), lagen diese Quoten bei den Gerichten in Sachsen mit 3,5 Prozent bzw. in Brandenburg mit 5,8 Prozent deutlich niedriger; ähnliche Werte gibt es auch für das Jahr 2024 (ebd.).

Viele der pakistanischen Asylsuchenden in Deutschland sind Angehörige der in Pakistan verfolgten Ahmadiyya-Glaubensgemeinschaft. Im Umgang des BAMF mit diesen Geflüchteten drängen sich nach Auffassung der Fragestellenden weitere Fragen auf. Denn der Anteil der von den Gerichten nach einer inhaltlichen Überprüfung als rechtswidrig aufgehobenen Bescheide des BAMF zu Ahmadiyya-Geflüchteten (die zu 98 Prozent aus Pakistan stammen), ist mit etwa zwei Dritteln extrem hoch – hinzu kommen noch Korrekturen von Bescheiden durch das BAMF selbst, etwa auf Anregung der Gerichte (vgl. Antworten auf die Schriftlichen Fragen 33 und 34 des Abgeordneten Bodo Ramelow auf Bundestagsdrucksache 21/2387; eigene Berechnung der Fragestellenden). Den Fragestellenden ist keine auch nur annähernd ähnlich hohe Aufhebungsquote der Gerichte zu einzelnen Gruppen Geflüchteter bekannt. Die bereinigte Schutzquote des BAMF in Bezug auf Ahmadiyya sank von 30,1 Prozent im Jahr 2022 auf 23 Prozent von Januar bis September 2025 (ebd.; eigene Berechnung der Fragestellenden).

In mehreren Bundesländern werden derzeit Asyl-Gerichtsverfahren zu bestimmten Herkunftsländern bei einzelnen Verwaltungsgerichten konzentriert (z. B. in Bayern: [www.migazin.de/2025/12/17/asylklage-in-bayern-wer-klagt-muss-geduld-haben/?utm\\_source=mailpoet&utm\\_medium=email&utm\\_source\\_platform=mailpoet&utm\\_campaign=migletter-free\\_2042](http://www.migazin.de/2025/12/17/asylklage-in-bayern-wer-klagt-muss-geduld-haben/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_source_platform=mailpoet&utm_campaign=migletter-free_2042)), auch vor diesem Hintergrund sind unterschiedliche Schutzquoten in der Rechtsprechung einzelner Verwaltungsgerichte von Interesse.

1. Wie viele Asylerst- bzw. Folgeanträge (bitte differenzieren, auch im Folgenden) von Personen aus Pakistan gab es seit 2010, und wie viele Angehörige der Ahmadiyya-Gemeinschaft waren jeweils hierunter (bitte auch nach Jahren differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden, wobei die Daten zur Religionszugehörigkeit für diese und alle nachfolgend betroffenen Fragen auf freiwilligen Angaben der Asylantragstellenden während des Asylverfahrens beruhen.

<b>Asylanträge von Personen aus Pakistan</b>			
<b>Zeitraum</b>	<b>Gesamt</b>	<b>Asylerstanträge</b>	<b>Asylfolgeanträge</b>
Jahr 2010	930	840	90
Davon Ahmadiyya	307	270	37
Jahr 2011	2 640	2 539	101
Davon Ahmadiyya	1 609	1 572	37
Jahr 2012	3 553	3 412	141
Davon Ahmadiyya	1 740	1 676	64
Jahr 2013	4 248	4 101	147
Davon Ahmadiyya	903	840	63
Jahr 2014	4 226	3 968	258
Davon Ahmadiyya	911	837	74
Jahr 2015	8 472	8 199	273
Davon Ahmadiyya	821	760	61
Jahr 2016	15 528	14 484	1 044
Davon Ahmadiyya	1 847	1 756	91
Jahr 2017	4 404	3 670	734
Davon Ahmadiyya	1 207	1 076	131
Jahr 2018	3 442	2 211	1 231
Davon Ahmadiyya	851	613	238
Jahr 2019	3 415	2 174	1 241
Davon Ahmadiyya	740	490	250
Jahr 2020	1 755	1 016	739
Davon Ahmadiyya	405	210	195
Jahr 2021	1 962	1 256	706
Davon Ahmadiyya	700	500	200
Jahr 2022	2 054	1 594	460
Davon Ahmadiyya	604	458	146
Jahr 2023	3 079	2 635	444
Davon Ahmadiyya	601	502	99
Jahr 2024	2 127	1 797	330
Davon Ahmadiyya	364	291	73
Jahr 2025	1 421	1 111	310
Davon Ahmadiyya	316	233	83

2. Wie wurden pakistanische Asylsuchende seit 2010 auf die einzelnen Bundesländer verteilt (bitte nach Jahren differenzieren und jeweils in absoluten und relativen Zahlen angeben)?
3. Wie viele Entscheidungen zu pakistanischen Asylsuchenden hat das BAMF in den einzelnen Bundesländern seit 2010 getroffen (bitte nach Jahren differenziert auflisten)?

Die Fragen 2 und 3 werden zusammen beantwortet.

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2010</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Gesamt	930	100 Prozent	813
Baden-Württemberg	294	31,6 Prozent	248
Bayern	19	2,0 Prozent	27
Berlin	8	0,9 Prozent	8
Brandenburg	6	0,6 Prozent	4
Bremen	–	–	–
Hamburg	2	0,2 Prozent	3
Hessen	294	31,6 Prozent	255
Niedersachsen	2	0,2 Prozent	7
Nordrhein-Westfalen	185	19,9 Prozent	131
Rheinland-Pfalz	8	0,9 Prozent	11
Saarland	2	0,2 Prozent	2
Sachsen	104	11,2 Prozent	107
Schleswig-Holstein	5	0,5 Prozent	9
Thüringen	1	0,1 Prozent	1

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2011</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Gesamt	2 640	100 Prozent	1 128
Baden-Württemberg	701	26,6 Prozent	320
Bayern	100	3,8 Prozent	4
Berlin	18	0,7 Prozent	7
Brandenburg	19	0,7 Prozent	6
Bremen	3	0,1 Prozent	4
Hamburg	4	0,2 Prozent	3
Hessen	751	28,4 Prozent	279
Niedersachsen	71	2,7 Prozent	2
Nordrhein-Westfalen	638	24,2 Prozent	322
Rheinland-Pfalz	50	1,9 Prozent	5
Saarland	–	–	1
Sachsen	278	10,5 Prozent	170
Schleswig-Holstein	3	0,1 Prozent	4
Thüringen	3	0,1 Prozent	1
unbekannt	1	0,0 Prozent	-

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2012</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Gesamt	3 553	100 Prozent	1 658
Baden-Württemberg	906	25,5 Prozent	435
Bayern	677	19,1 Prozent	91
Berlin	97	2,7 Prozent	27
Brandenburg	87	2,4 Prozent	26
Bremen	2	0,1 Prozent	-
Hamburg	5	0,1 Prozent	1
Hessen	679	19,1 Prozent	418
Niedersachsen	209	5,9 Prozent	18
Nordrhein-Westfalen	487	13,7 Prozent	460

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2012</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Rheinland-Pfalz	218	6,1 Prozent	80
Saarland	4	0,1 Prozent	1
Sachsen	167	4,7 Prozent	87
Schleswig-Holstein	13	0,4 Prozent	6
Thüringen	-	-	6
unbekannt	2	0,1 Prozent	2

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2013</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Gesamt	4 248	100 Prozent	2 383
Baden-Württemberg	1 071	25,2 Prozent	460
Bayern	930	21,9 Prozent	263
Berlin	229	5,4 Prozent	57
Brandenburg	100	2,4 Prozent	47
Bremen	–	–	–
Hamburg	4	0,1 Prozent	6
Hessen	624	14,7 Prozent	575
Mecklenburg-Vorpommern	1	0,0 Prozent	1
Niedersachsen	265	6,2 Prozent	162
Nordrhein-Westfalen	515	12,1 Prozent	465
Rheinland-Pfalz	276	6,5 Prozent	80
Saarland	3	0,1 Prozent	2
Sachsen	204	4,8 Prozent	241
Sachsen-Anhalt	1	0,0 Prozent	3
Schleswig-Holstein	8	0,2 Prozent	11
Thüringen	–	–	–
unbekannt	17	0,4 Prozent	10

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2014</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Gesamt	4 226	100 Prozent	3 039
Baden-Württemberg	933	22,1 Prozent	658
Bayern	543	12,8 Prozent	405
Berlin	330	7,8 Prozent	112
Brandenburg	201	4,8 Prozent	145
Bremen	4	0,1 Prozent	2
Hamburg	9	0,2 Prozent	14
Hessen	907	21,5 Prozent	553
Mecklenburg-Vorpommern	–	–	1

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2014</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Niedersachsen	210	5,0 Prozent	261
Nordrhein-Westfalen	657	15,5 Prozent	559
Rheinland-Pfalz	269	6,4 Prozent	162
Saarland	2	0,0 Prozent	6
Sachsen	154	3,6 Prozent	150
Sachsen-Anhalt	–	–	1
Schleswig-Holstein	1	0,0 Prozent	3
Thüringen	1	0,0 Prozent	1
unbekannt	5	0,1 Prozent	6

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2015</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Gesamt	8 472	100 Prozent	2 015
Baden-Württemberg	1 967	23,2 Prozent	445
Bayern	1 053	12,4 Prozent	140
Berlin	911	10,8 Prozent	118
Brandenburg	802	9,5 Prozent	180
Bremen	2	0,0 Prozent	1
Hamburg	5	0,1 Prozent	4
Hessen	997	11,8 Prozent	308
Mecklenburg-Vorpommern	8	0,1 Prozent	2
Niedersachsen	200	2,4 Prozent	119
Nordrhein-Westfalen	862	10,2 Prozent	366
Rheinland-Pfalz	254	3,0 Prozent	106
Saarland	1	0,0 Prozent	3
Sachsen	1.403	16,6 Prozent	218
Sachsen-Anhalt	1	0,0 Prozent	1
Schleswig-Holstein	4	0,0 Prozent	2
Thüringen	1	0,0 Prozent	–
unbekannt	1	0,0 Prozent	2

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2016</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Gesamt	15 528	100 Prozent	12 935
Baden-Württemberg	1 922	12,4 Prozent	1 802
Bayern	3 212	20,7 Prozent	2 550
Berlin	608	3,9 Prozent	1 009
Brandenburg	520	3,3 Prozent	1 190
Bremen	16	0,1 Prozent	10
Hamburg	22	0,1 Prozent	5
Hessen	3.058	19,7 Prozent	2.370
Mecklenburg-Vorpommern	2	0,0 Prozent	–
Niedersachsen	1 501	9,7 Prozent	542
Nordrhein-Westfalen	2 890	18,6 Prozent	1 303
Rheinland-Pfalz	1 108	7,1 Prozent	753
Saarland	2	0,0 Prozent	3
Sachsen	609	3,9 Prozent	1.367

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2016</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Sachsen-Anhalt	17	0,1 Prozent	12
Schleswig-Holstein	16	0,1 Prozent	6
Thüringen	19	0,1 Prozent	13
unbekannt	6	0,0 Prozent	–

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2017</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Gesamt	4 404	100 Prozent	20 512
Baden-Württemberg	415	9,4 Prozent	3 709
Bayern	495	11,2 Prozent	3 787
Berlin	281	6,4 Prozent	1 214
Brandenburg	220	5,0 Prozent	418
Bremen	–	–	11
Hamburg	4	0,1 Prozent	26
Hessen	633	14,4 Prozent	3 470
Mecklenburg-Vorpommern	3	0,1 Prozent	11
Niedersachsen	243	5,5 Prozent	1 487
Nordrhein-Westfalen	946	21,5 Prozent	3 550
Rheinland-Pfalz	762	17,3 Prozent	1 657
Saarland	–	–	1
Sachsen	374	8,5 Prozent	1 099
Sachsen-Anhalt	9	0,2 Prozent	16
Schleswig-Holstein	6	0,1 Prozent	32
Thüringen	7	0,2 Prozent	19
unbekannt	6	0,1 Prozent	5

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2018</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Gesamt	3 442	100 Prozent	4 822
Baden-Württemberg	232	6,7 Prozent	746
Bayern	338	9,8 Prozent	487
Berlin	89	2,6 Prozent	180
Brandenburg	238	6,9 Prozent	273
Bremen	–	–	2
Hamburg	7	0,2 Prozent	3
Hessen	434	12,6 Prozent	588
Mecklenburg-Vorpommern	–	–	2
Niedersachsen	198	5,8 Prozent	352
Nordrhein-Westfalen	867	25,2 Prozent	978
Rheinland-Pfalz	461	13,4 Prozent	537
Sachsen	557	16,2 Prozent	645
Sachsen-Anhalt	5	0,1 Prozent	3
Schleswig-Holstein	2	0,1 Prozent	7
Thüringen	2	0,1 Prozent	8
unbekannt	12	0,3 Prozent	11

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2019</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Gesamt	3 415	100 Prozent	3 637
Baden-Württemberg	161	4,7 Prozent	237
Bayern	361	10,6 Prozent	416
Berlin	109	3,2 Prozent	113
Brandenburg	227	6,6 Prozent	250
Bremen	8	0,2 Prozent	3
Hamburg	6	0,2 Prozent	7
Hessen	335	9,8 Prozent	353
Niedersachsen	198	5,8 Prozent	206
Nordrhein-Westfalen	759	22,2 Prozent	865
Rheinland-Pfalz	785	23,0 Prozent	588
Sachsen	447	13,1 Prozent	579
Sachsen-Anhalt	2	0,1 Prozent	3
Schleswig-Holstein	1	0,0 Prozent	2
Thüringen	4	0,1 Prozent	3
unbekannt	12	0,4 Prozent	12

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2020</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Gesamt	1 755	100 Prozent	2 525
Baden-Württemberg	132	7,5 Prozent	119
Bayern	177	10,1 Prozent	241
Berlin	56	3,2 Prozent	67
Brandenburg	125	7,1 Prozent	202
Bremen	1	0,1 Prozent	9
Hamburg	4	0,2 Prozent	8
Hessen	197	11,2 Prozent	245
Mecklenburg-Vorpommern	5	0,3 Prozent	7
Niedersachsen	119	6,8 Prozent	184
Nordrhein-Westfalen	220	12,5 Prozent	443
Rheinland-Pfalz	424	24,2 Prozent	631
Sachsen	279	15,9 Prozent	345
Sachsen-Anhalt	2	0,1 Prozent	5
Schleswig-Holstein	1	0,1 Prozent	4
Thüringen	5	0,3 Prozent	8
unbekannt	8	0,5 Prozent	7

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2021</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Gesamt	1 962	100 Prozent	2 009
Baden-Württemberg	92	4,7 Prozent	138
Bayern	141	7,2 Prozent	146
Berlin	33	1,7 Prozent	40
Brandenburg	80	4,1 Prozent	102
Bremen	1	0,1 Prozent	–
Hamburg	5	0,3 Prozent	5
Hessen	277	14,1 Prozent	238

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2021</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Mecklenburg-Vorpommern	1	0,1 Prozent	1
Niedersachsen	190	9,7 Prozent	172
Nordrhein-Westfalen	270	13,8 Prozent	298
Rheinland-Pfalz	497	25,3 Prozent	476
Saarland	1	0,1 Prozent	–
Sachsen	356	18,1 Prozent	378
Sachsen-Anhalt	5	0,3 Prozent	5
Schleswig-Holstein	7	0,4 Prozent	5
Thüringen	1	0,1 Prozent	1
unbekannt	5	0,3 Prozent	4

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2022</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Gesamt	2 054	100 Prozent	1 890
Baden-Württemberg	111	5,4 Prozent	93
Bayern	111	5,4 Prozent	131
Berlin	28	1,4 Prozent	23
Brandenburg	127	6,2 Prozent	75
Bremen	2	0,1 Prozent	1
Hamburg	5	0,2 Prozent	4
Hessen	247	12,0 Prozent	262
Mecklenburg-Vorpommern	3	0,1 Prozent	1
Niedersachsen	210	10,2 Prozent	203
Nordrhein-Westfalen	241	11,7 Prozent	293
Rheinland-Pfalz	727	35,4 Prozent	537
Sachsen	218	10,6 Prozent	248
Sachsen-Anhalt	1	0,0 Prozent	2
Schleswig-Holstein	7	0,3 Prozent	2
Thüringen	1	0,0 Prozent	1
unbekannt	15	0,7 Prozent	14

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2023</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Gesamt	3 079	100 Prozent	2 249
Baden-Württemberg	142	4,6 Prozent	125
Bayern	113	3,7 Prozent	96
Berlin	33	1,1 Prozent	29
Brandenburg	297	9,6 Prozent	153
Bremen	1	0,0 Prozent	2
Hamburg	–	–	1
Hessen	169	5,5 Prozent	190
Mecklenburg-Vorpommern	2	0,1 Prozent	6
Niedersachsen	387	12,6 Prozent	202
Nordrhein-Westfalen	432	14,0 Prozent	293
Rheinland-Pfalz	1 153	37,4 Prozent	876
Saarland	1	0,0 Prozent	1
Sachsen	324	10,5 Prozent	256

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2023</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Sachsen-Anhalt	6	0,2 Prozent	1
Schleswig-Holstein	4	0,1 Prozent	7
Thüringen	2	0,1 Prozent	1
unbekannt	13	0,4 Prozent	10

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2024</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Gesamt	2 127	100 Prozent	2 915
Baden-Württemberg	68	3,2 Prozent	96
Bayern	105	4,9 Prozent	88
Berlin	37	1,7 Prozent	32
Brandenburg	235	11,0 Prozent	327
Bremen	1	0,0 Prozent	1
Hamburg	7	0,3 Prozent	1
Hessen	124	5,8 Prozent	186
Mecklenburg-Vorpommern	1	0,0 Prozent	4
Niedersachsen	232	10,9 Prozent	255
Nordrhein-Westfalen	169	7,9 Prozent	321
Rheinland-Pfalz	545	25,6 Prozent	967
Saarland	1	0,0 Prozent	2
Sachsen	589	27,7 Prozent	617
Sachsen-Anhalt	1	0,0 Prozent	5
Schleswig-Holstein	4	0,2 Prozent	5
Thüringen	1	0,0 Prozent	1
unbekannt	7	0,3 Prozent	7

<b>Asylanträge und Entscheidungen von Personen aus Pakistan im Jahr 2025</b>			
<b>nach Ländern</b>	<b>Anträge Gesamt</b>	<b>Anträge in Prozent (%)</b>	<b>Entscheidungen Gesamt</b>
Gesamt	1 421	100 Prozent	3 138
Baden-Württemberg	45	3,2 Prozent	180
Bayern	31	2,2 Prozent	98
Berlin	26	1,8 Prozent	47
Brandenburg	198	13,9 Prozent	354
Hamburg	6	0,4 Prozent	13
Hessen	91	6,4 Prozent	142
Mecklenburg-Vorpommern	2	0,1 Prozent	4
Niedersachsen	174	12,2 Prozent	502
Nordrhein-Westfalen	145	10,2 Prozent	322
Rheinland-Pfalz	281	19,8 Prozent	830
Saarland	1	0,1 Prozent	2
Sachsen	411	28,9 Prozent	619
Sachsen-Anhalt	4	0,3 Prozent	5
Schleswig-Holstein	3	0,2 Prozent	12
Thüringen	–	–	4
unbekannt	3	0,2 Prozent	4

4. Welche Änderungen der Verteilungsregelungen (bzw. der EASY-Liste, siehe Vorbemerkung der Fragestellenden) hat es in Bezug auf pakistanische Asylsuchende in den letzten fünf Jahren gegeben (bitte die jeweilige Änderung mit konkretem Datum und Grund bzw. /Anlass für die Änderung angeben)?

Hinsichtlich des Herkunftsstaates Pakistan erfolgte am 1. April 2025 ein Zuständigkeitswechsel. Anlass war eine seit Ende 2024 angestrebte umfangreiche Anpassung von Zuständigkeiten in der Bearbeitung der Herkunftsstaaten, um die Anzahl der sachbearbeitenden Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) pro Herkunftsstaat zu reduzieren. Daraus ergab sich eine Reduzierung der für einzelne Herkunftsstaaten zuständigen Länder. Dies wurde im Rahmen einer Fachbesprechung mit den Beauftragten für die Erstverteilung der Asylbegehrenden (EASY) aller Länder im Februar 2025 abgestimmt. Die Bundesregierung weist darauf hin, dass die Länder die Entscheidung hinsichtlich der konkreten Zuständigkeit für einen einzelnen Herkunftsstaat untereinander trafen.

5. Wie ist der aktuelle Stand der EASY-Verteilungsliste, d. h., welche Asylsuchenden welcher Herkunftsländer werden auf welche Außenstellen des BAMF verteilt (bitte die entsprechende Tabelle gegebenenfalls in einem gesonderten Anhang angeben)?

Die Bundesregierung versteht die Frage dahingehend, dass eine Liste der Zuständigkeiten der Länder bzw. der einzelnen Erstaufnahmeeinrichtungen für bestimmte Herkunftsstaaten erbeten wird. Diese ist als Anhang beigefügt.\*

6. Was genau wurde inhaltlich und im Wortlaut auf der 25. Bund-Länder-Tagung „Asyl und Rückkehr“ am 12. März 2025, auf die die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 21/3236 in ihrer Antwort auf die Schriftliche Frage 46 des Abgeordneten Bodo Ramelow Bezug genommen hat, zur Neuordnung der Bearbeitung von Herkunftsstaaten beschlossen, und wurde dort insbesondere eine Neuregelung konkret zu Asylsuchenden aus Pakistan besprochen und bzw. oder vereinbart (bitte so genau wie möglich ausführen)?

Grundsätzlich richtet sich die asylverfahrensrechtliche Zuständigkeit eines Landes für einen Herkunftsstaat nach dem Zugangsgeschehen. Der Neuzuschnitt der EASY-Zuständigkeit im Jahr 2025 umfasste Kriterien wie den Königsteiner Schlüssel (§ 45 Absatz 1 des Asylgesetzes), die Auslastung der jeweils zuständigen Länder für die Bearbeitung des Ankunfts geschehens sowie die gemäß § 45 Absatz 2 des Asylgesetzes zwischen den Ländern vorgesehenen Vereinbarungen zur wechselseitigen Entlastung von Asylbegehrenden, die die Länder in eigener Zuständigkeit ausgestalten können. Weitere Kriterien des Neuzuschnitts waren Reisekosten, die den Ländern infolge der Umverteilung und aufgrund von EASY ausgelösten Zuständigkeiten für Unterbringung und Aufnahme entstanden sind, die Verfügbarkeit von Sprachmittlern im jeweiligen Land sowie die bei den Verwaltungsgerichten erfolgte Konzentration von Herkunftsstaaten bei den Asylkammern. Eine Neuregelung, die sich ausschließlich auf den Herkunftsstaat Pakistan bezogen hat, erfolgte nicht. Entscheidungsgrundlage für den Neuzuschnitt war die Beobachtung des Ankunfts geschehens im Zeitraum 1. Juli 2022 bis 31. Dezember 2024. In diesem Zeitraum befand sich der Herkunftsstaat Pakistan auf Rang 18 der Herkunftsstaaten. Aufgrund des vergleichsweise niedrigen Zugangs pakistanischer Staatsangehöriger

\* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/4659 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

haben die Länder vereinbart, die Zuständigkeit von fünf Ländern (Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen) auf vier Länder (Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen) zu verringern.

7. Wieso werden pakistanische Asylsuchende seit dem 1. April 2025 grundsätzlich nicht mehr nach Rheinland-Pfalz verteilt (siehe Vorbemerkung der Fragestellenden), obwohl in Rheinland-Pfalz vor der Änderung der Verteilungsregelung am meisten asylrechtliche Entscheidungen des BAMF und der Verwaltungsgerichte getroffen wurden (siehe Vorbemerkung der Fragesteller und die Antworten auf die Schriftlichen Fragen 47 bis 49 auf Bundestagsdrucksache 21/3236), sodass diese Änderung nach Auffassung der Fragestellenden im Widerspruch steht zu der Behauptung der Bundesregierung, mit der Maßnahme solle gezielt herkunftslandspezifisches Wissen aufgebaut bzw. Fachwissen gebündelt werden – denn dieses herkunftslandspezifische Wissen zu Pakistan war bzw. ist nach Auffassung der Fragestellenden aufgrund der hohen Fallzahlen insbesondere in der BAMF-Außenstelle und beim Verwaltungsgericht Trier in Rheinland-Pfalz bereits vorhanden (bitte nachvollziehbar beantworten)?

Die konkrete Festlegung der Zuständigkeiten haben die Bundesländer untereinander abgestimmt. Es war die Entscheidung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz, auf die Zuständigkeit für den Herkunftsstaat Pakistan zu verzichten. Die Bundesregierung macht den Ländern keine Vorgaben dazu, welches Land für welchen Herkunftsstaat zuständig sein muss oder sollte. Dies steht nicht im Widerspruch zu dem Ziel des BAMF, in geeigneter Weise herkunftslandspezifisches Wissen zu bündeln.

8. Wer genau hat auf welcher Entscheidungsebene im BAMF oder im Bundesministerium des Innern (BMI) wann und aus welchen Gründen entschieden, dass pakistanische Asylsuchende nicht mehr nach Rheinland-Pfalz verteilt werden sollen, obwohl in diesem Bundesland durch die vielen Asylentscheidungen zu diesem Herkunftsland seit mindestens 1997 ein besonderes herkunftslandspezifisches Wissen zu Pakistan vorlag (bitte den Entscheidungsprozess so genau wie möglich darlegen)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen.

9. Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die Entscheidung des BAMF (sofern diese hier getroffen wurde und nicht innerhalb des BMI), pakistanische Asylsuchende nicht mehr nach Rheinland-Pfalz zu verteilen, vor allem oder unter anderem deshalb erfolgte, damit künftig weniger BAMF-Bescheide als rechtswidrig aufgehoben werden, vor dem Hintergrund, dass die gerichtliche Aufhebungsquote in Rheinland-Pfalz besonders hoch und in Ländern wie Sachsen und Brandenburg besonders niedrig war bzw. ist (siehe Vorbemerkung der Fragesteller), wenn ja, worauf stützt sie sich dabei, wenn nein, wie bewertet sie dies, und wird sie eine Rückgängigmachung dieser Änderung der EASY-Verteilungsregelung veranlassen, wenn nein, warum nicht?

Die Annahme, dass pakistanische Asylsuchende nicht mehr nach Rheinland-Pfalz zu verteilen sind, weil damit künftig weniger Bescheide des BAMF als rechtswidrig aufgehoben werden, ist unzutreffend. Der Bundesregierung steht es aufgrund der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung nicht zu, die Zuständigkeiten der Unterbringung und Verteilung für die Länder festzulegen. Auf die Antworten zu den Fragen 4, 6, 7, und 8 wird verwiesen. Bei dem am 1. April 2025 beschlossenen Neuzuschnitt der Herkunftsländer wurde die Konzentration der Zuständigkeiten für die jeweiligen Herkunftsländer bei den Außenstellen des BAMF besprochen, um die Anzahl der zu bearbeitenden Außenstellen zu reduzieren und Wissen in der Verfahrensbearbeitung zu bündeln. EASY-Zugänge und Asylantragszahlen wurden berücksichtigt.

10. Warum hat die Bundesregierung bei ihrer Beantwortung der Schriftlichen Frage 42 des Abgeordneten Bodo Ramelow auf Bundestagsdrucksache 21/2486 nicht wahrheitsgemäß geantwortet, dass und wann es eine Änderung der EASY-Liste gegeben hat mit der Folge, dass pakistanische Asylsuchende nicht mehr nach Rheinland-Pfalz verteilt werden (dies war die Hauptfrage, die vor dem Hintergrund entsprechender Informationen zur Entscheidungspraxis der Gerichte gestellt worden war), sodass sich diese Information nur indirekt (und ohne Datum) erst aus der späteren nichtöffentlichen Nachbeantwortung infolge einer entsprechenden Nachfrage ergab (siehe Vorbemerkung der Fragesteller)?
  - a) Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass eine solche Form der – nach Auffassung der Fragestellenden: irreführenden – (Nicht-)Beantwortung den verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine umfassende und verständliche Beantwortung parlamentarischer Anfragen genügt, wenn ja, bitte begründen, und wenn nein, welche Konsequenzen werden hieraus gezogen?
  - b) Stimmt die Bundesregierung der Auffassung der Fragestellenden zu, dass eine verständliche und umfassende Antwort auf die genannte Frage hätte lauten müssen, dass es die angefragte Änderung der EASY-Liste tatsächlich gegeben hat, dass sie nach Auffassung der Bundesregierung aber nicht im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Rechtsprechung an verschiedenen Gerichtsstandorten steht, wenn nein, bitte begründen, und wenn ja, welche Schlussfolgerungen werden hieraus gezogen?
  - c) Ist die Bundesregierung bereit, bei künftigen Antworten auf parlamentarische Anfragen das erkennbare Erkenntnisinteresse der Fragestellenden zu berücksichtigen und entsprechend umfassend und klar zu antworten, und wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 10 bis 10c werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung hat zutreffend geantwortet und teilt im Übrigen die Auffassung der Fragesteller nicht. Kern der Schriftlichen Frage 42 des Abgeordne-

ten Bodo Ramelow auf Bundestagsdrucksache 21/2486 war es nach Auffassung der Bundesregierung, ob „vor dem Hintergrund (...), dass Geflüchtete aus Pakistan nach Entscheidungen des Verwaltungsgerichts in Trier eher einen Schutz zugesprochen bekommen würden als zum Beispiel von den Verwaltungsgerichten in Dresden oder Frankfurt/Oder, eine Änderung der Liste zur Verteilung von Asylsuchenden auf die Erstaufnahmeeinrichtungen der Bundesländer („EASY“) erfolgt“ ist. Wie die Bundesregierung dem Abgeordneten Bodo Ramelow in ihrer Antwort auf seine Schriftliche Frage 42 dargelegt hat, erfolgten die Änderungen am Verteilsystem EASY zur Verteilung auf die Länder nicht vor dem Hintergrund einer wie auch immer gearteten Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte in den jeweiligen Ländern. Die Bundesregierung hat die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten Ramelow hinreichend beantwortet und verweist im Übrigen auf die Antworten zu den Fragen 4 und 7, in denen jeweils dargelegt wird, dass und falls es zu Änderungen im Zuschnitt der jeweiligen EASY-Zuständigkeit kommen soll, die Länder dies gemäß § 45 Absatz 2 des Asylgesetzes untereinander einleiten und umsetzen. Die Bundesregierung hat keine Befugnis, den Ländern unter Berücksichtigung der jeweiligen Rechtsprechung oder der Gesamtschutzquote in der Bearbeitung von Asylanträgen Vorgaben zu machen.

11. Wie waren die Asylentscheidungen zum Herkunftsland Pakistan (bitte, auch im Folgenden, zusätzlich gesondert auf Entscheidungen zu Ahmadiyya aus Pakistan eingehen) seit 2010 (bitte nach Jahren differenzieren und in absoluten und relativen Zahlen angeben, bitte nach den unterschiedlichen Schutzstatus und Formen der Ablehnung bzw. Einstellung differenzieren und zudem jeweils die sogenannte bereinigte Gesamtschutzquote nennen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Zeitraum	Asylberechtigung Art 16a Grundgesetzes (GG)		Flüchtlingschutz § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG)		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG)		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG)		Schutzquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen		Ablehnungen (unbeogr./offens. unbeogr.)		Sonstige Verfahrenserledigungen	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Prozent	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Jahr 2010	6	0,7 Prozent	53	6,5 Prozent	-	-	9	1,1 Prozent	613	10,0 Prozent	613	75,4 Prozent	132	16,2 Prozent
Davon Ahmadiyya	6	2,9 Prozent	31	14,9 Prozent	-	-	4	1,9 Prozent	4	23,8 Prozent	131	63,0 Prozent	36	17,3 Prozent
Jahr 2011	17	1,5 Prozent	135	12,0 Prozent	-	-	6	0,5 Prozent	6	15,4 Prozent	870	77,1 Prozent	100	8,9 Prozent
Davon Ahmadiyya	7	1,7 Prozent	118	28,9 Prozent	-	-	1	0,2 Prozent	1	32,8 Prozent	258	63,2 Prozent	24	5,9 Prozent
Jahr 2012	12	0,7 Prozent	272	16,4 Prozent	3	0,2 Prozent	13	0,8 Prozent	13	20,5 Prozent	1.163	70,1 Prozent	195	11,8 Prozent
Davon Ahmadiyya	8	0,9 Prozent	256	27,3 Prozent	-	-	9	1,0 Prozent	9	30,9 Prozent	610	65,1 Prozent	54	5,8 Prozent
Jahr 2013	29	1,2 Prozent	755	31,7 Prozent	1	0,0 Prozent	24	1,0 Prozent	24	41,2 Prozent	1.153	48,4 Prozent	421	17,7 Prozent
Davon Ahmadiyya	13	1,0 Prozent	684	55,0 Prozent	-	-	10	0,8 Prozent	10	60,6 Prozent	460	37,0 Prozent	77	6,2 Prozent
Jahr 2014	18	0,6 Prozent	513	16,9 Prozent	15	0,5 Prozent	20	0,7 Prozent	20	28,4 Prozent	1.428	47,0 Prozent	1.045	34,4 Prozent
Davon Ahmadiyya	15	1,3 Prozent	453	39,8 Prozent	-	-	9	0,8 Prozent	9	47,7 Prozent	522	45,9 Prozent	138	12,1 Prozent
Jahr 2015	4	0,2 Prozent	158	7,8 Prozent	11	0,5 Prozent	24	1,2 Prozent	24	18,9 Prozent	844	41,9 Prozent	974	48,3 Prozent
Davon Ahmadiyya	2	0,5 Prozent	121	29,3 Prozent	-	-	14	3,4 Prozent	14	40,7 Prozent	200	48,4 Prozent	76	18,4 Prozent
Jahr 2016	10	0,1 Prozent	265	2,0 Prozent	49	0,4 Prozent	105	0,8 Prozent	105	5,0 Prozent	8.201	63,4 Prozent	4.305	33,3 Prozent
Davon Ahmadiyya	2	0,1 Prozent	169	8,1 Prozent	3	0,1 Prozent	26	1,3 Prozent	26	11,1 Prozent	1.601	77,2 Prozent	274	13,2 Prozent
Jahr 2017	31	0,2 Prozent	470	2,3 Prozent	96	0,5 Prozent	297	1,4 Prozent	297	5,7 Prozent	14.911	72,7 Prozent	4.707	22,9 Prozent
Davon Ahmadiyya	14	0,5 Prozent	197	6,4 Prozent	4	0,1 Prozent	90	2,9 Prozent	90	12,0 Prozent	2.243	73,4 Prozent	509	16,7 Prozent
Jahr 2018	9	0,2 Prozent	118	2,4 Prozent	17	0,4 Prozent	69	1,4 Prozent	69	7,4 Prozent	2.659	55,1 Prozent	1.950	40,4 Prozent
Davon Ahmadiyya	4	0,4 Prozent	63	5,9 Prozent	-	-	11	1,0 Prozent	11	11,7 Prozent	586	54,5 Prozent	412	38,3 Prozent
Jahr 2019	15	0,4 Prozent	152	4,2 Prozent	5	0,1 Prozent	31	0,9 Prozent	31	12,1 Prozent	1.472	40,5 Prozent	1.962	53,9 Prozent
Davon Ahmadiyya	2	0,3 Prozent	72	10,0 Prozent	-	-	7	1,0 Prozent	7	20,1 Prozent	321	44,5 Prozent	319	44,2 Prozent
Jahr 2020	8	0,3 Prozent	155	6,1 Prozent	7	0,3 Prozent	40	1,6 Prozent	40	15,3 Prozent	1.161	46,0 Prozent	1.154	45,7 Prozent
Davon Ahmadiyya	4	0,6 Prozent	86	13,8 Prozent	-	-	11	1,8 Prozent	11	26,6 Prozent	278	44,8 Prozent	242	39,0 Prozent
Jahr 2021	3	0,1 Prozent	160	8,0 Prozent	11	0,5 Prozent	50	2,5 Prozent	50	23,4 Prozent	733	36,5 Prozent	1.052	52,4 Prozent
Davon Ahmadiyya	3	0,5 Prozent	86	13,3 Prozent	-	-	16	2,5 Prozent	16	31,5 Prozent	228	35,3 Prozent	313	48,5 Prozent
Jahr 2022	7	0,4 Prozent	173	9,2 Prozent	20	1,1 Prozent	57	3,0 Prozent	57	24,6 Prozent	786	41,6 Prozent	847	44,8 Prozent
Davon Ahmadiyya	-	-	84	13,6 Prozent	1	0,2 Prozent	29	4,7 Prozent	29	27,4 Prozent	302	48,9 Prozent	202	32,7 Prozent
Jahr 2023	14	0,6 Prozent	189	8,4 Prozent	2	0,1 Prozent	68	3,0 Prozent	68	20,4 Prozent	1.064	47,3 Prozent	912	40,6 Prozent
Davon Ahmadiyya	6	1,0 Prozent	95	15,5 Prozent	-	-	24	3,9 Prozent	24	27,2 Prozent	335	54,6 Prozent	154	25,1 Prozent
Jahr 2024	26	0,9 Prozent	196	6,7 Prozent	11	0,4 Prozent	57	2,0 Prozent	57	14,7 Prozent	1.685	57,8 Prozent	940	32,2 Prozent
Davon Ahmadiyya	7	1,2 Prozent	92	15,8 Prozent	2	0,3 Prozent	19	3,3 Prozent	19	27,2 Prozent	321	55,1 Prozent	142	24,4 Prozent
Jahr 2025	20	0,6 Prozent	200	6,4 Prozent	4	0,1 Prozent	59	1,9 Prozent	59	12,4 Prozent	1.998	63,7 Prozent	857	27,3 Prozent
Davon Ahmadiyya	4	0,6 Prozent	101	15,5 Prozent	1	0,2 Prozent	13	2,0 Prozent	13	22,4 Prozent	413	63,2 Prozent	121	18,5 Prozent

12. Wie waren die Asylentscheidungen zum Herkunftsland Pakistan (bitte gesondert angeben: zu Ahmadiyya aus Pakistan) im Jahr 2024 bzw. 2025, differenziert nach Bundesländern (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben, nach den unterschiedlichen Schutzstatus und Formen der Ablehnung bzw. Einstellung differenzieren und zudem jeweils die sogenannte bereinigte Gesamtschutzquote nennen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

2025	Asylberechtigung Art 16a Grundgesetzes (GG)		Flüchtlingschutz § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG)		Subsidiärer Schutz § 4 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG)		Abschiebungsverbot § 60 Absätze 5 und 7 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG)		Schutzquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen		Ablehnungen (unbegr./offens. unbegr.)		Sonstige Verfahrenserledigungen		
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	%	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Nach Ländern															
gesamt	20	0,6 Prozent	200	6,4 Prozent	4	0,1 Prozent	59	1,9 Prozent	12,4 Prozent	1 998	63,7 Prozent	857	27,3 Prozent		
Davon Ahmadiyya	4	0,6 Prozent	101	15,5 Prozent	1	0,2 Prozent	13	2,0 Prozent	22,4 Prozent	413	63,2 Prozent	121	18,5 Prozent		
Baden-Württemberg	–	–	17	9,4 Prozent	–	–	2	1,1 Prozent	16,8 Prozent	94	52,2 Prozent	67	37,2 Prozent		
Davon Ahmadiyya	–	–	10	32,3 Prozent	–	–	1	3,2 Prozent	40,7 Prozent	16	51,6 Prozent	4	12,9 Prozent		
Bayern	–	–	–	–	1	1,0 Prozent	1	1,0 Prozent	4,7 Prozent	41	41,8 Prozent	55	56,1 Prozent		
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	0 Prozent	8	88,9 Prozent	1	11,1 Prozent		
Berlin	1	2,1 Prozent	1	2,1 Prozent	1	2,1 Prozent	1	2,1 Prozent	14,8 Prozent	23	48,9 Prozent	20	42,6 Prozent		
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–		
Brandenburg	–	–	9	2,5 Prozent	–	–	3	0,8 Prozent	4,7 Prozent	242	68,4 Prozent	100	28,2 Prozent		
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	1	3,4 Prozent	5,0 Prozent	19	65,5 Prozent	9	31,0 Prozent		
Bremen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–		
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–		
Hamburg	–	–	1	7,7 Prozent	–	–	–	–	10,0 Prozent	9	69,2 Prozent	3	23,1 Prozent		
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–		
Hessen	1	0,7 Prozent	27	19,0 Prozent	–	–	11	7,7 Prozent	34,8 Prozent	73	51,4 Prozent	30	21,1 Prozent		
Davon Ahmadiyya	1	1,3 Prozent	16	21,3 Prozent	–	–	5	6,7 Prozent	33,8 Prozent	43	57,3 Prozent	10	13,3 Prozent		
Mecklenburg-Vorpommern	–	–	–	–	–	–	–	–	–	3	75,0 Prozent	1	25,0 Prozent		
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–		
Niedersachsen	4	0,8 Prozent	22	4,4 Prozent	1	0,2 Prozent	–	–	6,7 Prozent	375	74,7 Prozent	100	19,9 Prozent		
Davon Ahmadiyya	–	–	9	10,7 Prozent	–	–	–	–	12,3 Prozent	64	76,2 Prozent	11	13,1 Prozent		
Nordrhein-Westfalen	12	3,7 Prozent	44	13,7 Prozent	1	0,3 Prozent	6	1,9 Prozent	26,0 Prozent	179	55,6 Prozent	80	24,8 Prozent		
Davon Ahmadiyya	3	4,9 Prozent	28	45,9 Prozent	1	1,6 Prozent	–	–	60,4 Prozent	21	34,4 Prozent	8	13,1 Prozent		
Rheinland-Pfalz	2	0,2 Prozent	53	6,4 Prozent	–	–	19	2,3 Prozent	11,6 Prozent	565	68,1 Prozent	191	23,0 Prozent		
Davon Ahmadiyya	–	–	30	10,5 Prozent	–	–	6	2,1 Prozent	16,1 Prozent	187	65,4 Prozent	63	22,0 Prozent		
Saarland	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2	100 Prozent	–	–		
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–		
Sachsen	–	–	25	4,0 Prozent	–	–	14	2,3 Prozent	9,4 Prozent	377	60,9 Prozent	203	32,8 Prozent		
Davon Ahmadiyya	–	–	8	10,4 Prozent	–	–	–	–	12,9 Prozent	54	70,1 Prozent	15	19,5 Prozent		
Sachsen-Anhalt	–	–	1	20,0 Prozent	–	–	–	–	25,0 Prozent	3	60,0 Prozent	1	20,0 Prozent		
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–		
Schleswig-Holstein	–	–	–	–	–	–	2	16,7 Prozent	25,0 Prozent	6	50,0 Prozent	4	33,3 Prozent		
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1	100 Prozent	–	–		







13. Wie waren die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte zum Herkunftsland Pakistan (bitte gesondert angeben: zu Ahmadiyya aus Pakistan) seit 2010 (bitte nach Jahren differenzieren und in absoluten und relativen Zahlen angeben, bitte nach den unterschiedlichen Schutzstatus, Ablehnung bzw. Einstellung differenzieren und zudem jeweils die bereinigte Aufhebungsquote – Anteil positiver Gerichtsentscheidungen ohne Berücksichtigung sonstiger Erledigungen – nennen)?

Für das Jahr 2025 liegen bislang nur Daten bis 30. November 2025 vor. Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Zeitraum	Entscheidungen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
Jahr 2010	280	14	5,0 Prozent	26	9,3 Prozent	0	0,0 Prozent	5	1,8 Prozent	25,1 Prozent	134	47,9 Prozent	101	36,1 Prozent
Davon Ahmadiyya	74	12	16,2 Prozent	23	31,1 Prozent	0	0,0 Prozent	3	4,1 Prozent	76,0 Prozent	12	16,2 Prozent	24	32,4 Prozent
Jahr 2011	497	29	5,8 Prozent	54	10,9 Prozent	0	0,0 Prozent	22	4,4 Prozent	30,3 Prozent	242	48,7 Prozent	150	30,2 Prozent
Davon Ahmadiyya	168	28	16,7 Prozent	46	27,4 Prozent	0	0,0 Prozent	12	7,1 Prozent	76,8 Prozent	26	15,5 Prozent	56	33,3 Prozent
Jahr 2012	671	16	2,4 Prozent	139	20,7 Prozent	5	0,7 Prozent	5	0,7 Prozent	32,7 Prozent	339	50,5 Prozent	167	24,9 Prozent
Davon Ahmadiyya	231	15	6,5 Prozent	128	55,4 Prozent	5	2,2 Prozent	1	0,4 Prozent	87,1 Prozent	22	9,5 Prozent	60	26,0 Prozent
Jahr 2013	995	7	0,7 Prozent	331	33,3 Prozent	0	0,0 Prozent	18	1,8 Prozent	53,5 Prozent	305	30,7 Prozent	329	33,1 Prozent
Davon Ahmadiyya	569	1	0,2 Prozent	320	56,2 Prozent	0	0,0 Prozent	7	1,2 Prozent	88,4 Prozent	41	7,2 Prozent	198	34,8 Prozent
Jahr 2014	1 306	3	0,2 Prozent	349	26,7 Prozent	9	0,7 Prozent	17	1,3 Prozent	52,3 Prozent	345	26,4 Prozent	583	44,6 Prozent
Davon Ahmadiyya	598	1	0,2 Prozent	334	55,9 Prozent	4	0,7 Prozent	6	1,0 Prozent	90,1 Prozent	38	6,4 Prozent	215	36,0 Prozent
Jahr 2015	1 418	0	0,0 Prozent	321	22,6 Prozent	7	0,5 Prozent	17	1,2 Prozent	42,4 Prozent	469	33,1 Prozent	604	42,6 Prozent
Davon Ahmadiyya	548	0	0,0 Prozent	300	54,7 Prozent	0	0,0 Prozent	3	0,5 Prozent	84,2 Prozent	57	10,4 Prozent	188	34,3 Prozent
Jahr 2016	1 647	3	0,2 Prozent	276	16,8 Prozent	8	0,5 Prozent	26	1,6 Prozent	29,6 Prozent	743	45,1 Prozent	591	35,9 Prozent
Davon Ahmadiyya	433	2	0,5 Prozent	257	59,4 Prozent	3	0,7 Prozent	7	1,6 Prozent	83,0 Prozent	55	12,7 Prozent	109	25,2 Prozent
Jahr 2017	6 402	0	0,0 Prozent	589	9,2 Prozent	17	0,3 Prozent	46	0,7 Prozent	18,7 Prozent	2 830	44,2 Prozent	2 920	45,6 Prozent
Davon Ahmadiyya	1 129	0	0,0 Prozent	504	44,6 Prozent	0	0,0 Prozent	14	1,2 Prozent	69,8 Prozent	224	19,8 Prozent	387	34,3 Prozent
Jahr 2018	7 916	1	0,0 Prozent	560	7,1 Prozent	38	0,5 Prozent	71	0,9 Prozent	13,9 Prozent	4 158	52,5 Prozent	3 088	39,0 Prozent
Davon Ahmadiyya	1 381	1	0,1 Prozent	459	33,2 Prozent	1	0,1 Prozent	14	1,0 Prozent	54,7 Prozent	393	28,5 Prozent	513	37,1 Prozent
Jahr 2019	6 416	10	0,2 Prozent	688	10,7 Prozent	18	0,3 Prozent	80	1,2 Prozent	19,2 Prozent	3 354	52,3 Prozent	2 266	35,3 Prozent
Davon Ahmadiyya	1 387	4	0,3 Prozent	553	39,9 Prozent	0	0,0 Prozent	16	1,2 Prozent	61,5 Prozent	359	25,9 Prozent	455	32,8 Prozent
Jahr 2020	5 004	7	0,1 Prozent	516	10,3 Prozent	18	0,4 Prozent	144	2,9 Prozent	22,5 Prozent	2 356	47,1 Prozent	1 963	39,2 Prozent
Davon Ahmadiyya	1 140	4	0,4 Prozent	366	32,1 Prozent	0	0,0 Prozent	29	2,5 Prozent	59,4 Prozent	273	23,9 Prozent	468	41,1 Prozent
Jahr 2021	3 665	9	0,2 Prozent	444	12,1 Prozent	10	0,3 Prozent	131	3,6 Prozent	27,8 Prozent	1 545	42,2 Prozent	1 526	41,6 Prozent
Davon Ahmadiyya	927	5	0,5 Prozent	345	37,2 Prozent	2	0,2 Prozent	16	1,7 Prozent	67,2 Prozent	180	19,4 Prozent	379	40,9 Prozent
Jahr 2022	2 646	13	0,5 Prozent	358	13,5 Prozent	8	0,3 Prozent	89	3,4 Prozent	34,3 Prozent	895	33,8 Prozent	1 283	48,5 Prozent
Davon Ahmadiyya	884	2	0,2 Prozent	268	30,3 Prozent	0	0,0 Prozent	27	3,1 Prozent	62,8 Prozent	176	19,9 Prozent	411	46,5 Prozent
Jahr 2023	1 709	12	0,7 Prozent	247	14,5 Prozent	10	0,6 Prozent	45	2,6 Prozent	39,8 Prozent	474	27,7 Prozent	921	53,9 Prozent
Davon Ahmadiyya	592	4	0,7 Prozent	197	33,3 Prozent	0	0,0 Prozent	11	1,9 Prozent	66,7 Prozent	106	17,9 Prozent	274	46,3 Prozent
Jahr 2024	1 757	7	0,4 Prozent	271	15,4 Prozent	1	0,1 Prozent	31	1,8 Prozent	35,8 Prozent	557	31,7 Prozent	890	50,7 Prozent
Davon Ahmadiyya	596	1	0,2 Prozent	233	39,1 Prozent	0	0,0 Prozent	12	2,0 Prozent	75,2 Prozent	81	13,6 Prozent	269	45,1 Prozent
01.01.-30.11.2025	1 518	1	0,1 Prozent	179	11,8 Prozent	0	0,0 Prozent	39	2,6 Prozent	29,2 Prozent	531	35,0 Prozent	768	50,6 Prozent
Davon Ahmadiyya	403	0	0,0 Prozent	132	32,8 Prozent	0	0,0 Prozent	11	2,7 Prozent	64,7 Prozent	78	19,4 Prozent	182	45,2 Prozent

14. Wie waren die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte zum Herkunftsland Pakistan (bitte gesondert angeben: zu Ahmadiyya aus Pakistan) im Jahr 2024 bzw. 2025, differenziert nach Bundesländern (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben, nach den unterschiedlichen Schutzstatus, Ablehnung bzw. Einstellung differenzieren und zudem jeweils die bereinigte Aufhebungsquote – Anteil positiver Gerichtsentscheidungen ohne Berücksichtigung sonstiger Erledigungen – nennen), und wie lauten diese Angaben für die einzelnen Verwaltungsgerichte in Rheinland-Pfalz, Brandenburg und Sachsen?

Für das Jahr 2025 liegen bislang nur Daten bis 30. November 2025 vor. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

01.01.-30.11.2025	Gesamt		Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungsquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen		Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	%	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Nach Ländern																
Gesamt	1 518	1	0,1 Prozent	179	11,8 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	39	2,6 Prozent	29,2 Prozent	531	35,0 Prozent	768	50,6 Prozent	
Davon Ahmadiyya	403	–	0,0 Prozent	132	32,8 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	11	2,7 Prozent	64,7 Prozent	78	19,4 Prozent	182	45,2 Prozent	
Baden-Württemberg	42	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	4	9,5 Prozent	18,2 Prozent	18	42,9 Prozent	20	47,6 Prozent	
Davon Ahmadiyya	8	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	1	12,5 Prozent	7	87,5 Prozent	
Bayern	32	–	0,0 Prozent	1	3,1 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	8,3 Prozent	11	34,4 Prozent	20	62,5 Prozent	
Davon Ahmadiyya	10	–	0,0 Prozent	1	10,0 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	25,0 Prozent	3	30,0 Prozent	6	60,0 Prozent	
Berlin	18	–	0,0 Prozent	3	16,7 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	2	11,1 Prozent	100 Prozent	–	0,0 Prozent	13	72,2 Prozent	
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Brandenburg	190	–	0,0 Prozent	8	4,2 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	0,5 Prozent	10,8 Prozent	74	38,9 Prozent	107	56,3 Prozent	
Davon Ahmadiyya	6	–	0,0 Prozent	1	16,7 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	50,0 Prozent	1	16,7 Prozent	4	66,7 Prozent	
Bremen	1	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	1	100 Prozent	–	0,0 Prozent	
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Hamburg	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Hessen	169	–	0,0 Prozent	34	20,1 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	11	6,5 Prozent	47,4 Prozent	50	29,6 Prozent	74	43,8 Prozent	
Davon Ahmadiyya	99	–	0,0 Prozent	31	31,3 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	10	10,1 Prozent	57,7 Prozent	30	30,3 Prozent	28	28,3 Prozent	
Mecklenburg-Vorpommern	5	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	4	80,0 Prozent	1	20,0 Prozent	
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Niedersachsen	143	–	0,0 Prozent	6	4,2 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	9	6,3 Prozent	20,0 Prozent	60	42,0 Prozent	68	47,6 Prozent	
Davon Ahmadiyya	26	–	0,0 Prozent	5	19,2 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	29,4 Prozent	12	46,2 Prozent	9	34,6 Prozent	
Nordrhein-Westfalen	219	1	0,5 Prozent	34	15,5 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	4	1,8 Prozent	30,5 Prozent	89	40,6 Prozent	91	41,6 Prozent	
Davon Ahmadiyya	43	–	0,0 Prozent	16	37,2 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	2,3 Prozent	89,5 Prozent	2	4,7 Prozent	24	55,8 Prozent	
Rheinland-Pfalz	443	–	0,0 Prozent	85	19,2 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	7	1,6 Prozent	39,5 Prozent	141	31,8 Prozent	210	47,4 Prozent	
Davon Ahmadiyya	177	–	0,0 Prozent	71	40,1 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	75,5 Prozent	23	13,0 Prozent	83	46,9 Prozent	
Saarland	1	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	100 Prozent	
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Sachsen	240	–	0,0 Prozent	8	3,3 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	0,4 Prozent	10,6 Prozent	76	31,7 Prozent	155	64,6 Prozent	
Davon Ahmadiyya	34	–	0,0 Prozent	7	20,6 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	53,8 Prozent	6	17,6 Prozent	21	61,8 Prozent	
Sachsen-Anhalt	1	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	1	100 Prozent	–	0,0 Prozent	



Nach Ländern	Gesamt		Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungsquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
Gesamt	1 757	0,4 Prozent	271	15,4 Prozent	1	0,1 Prozent	31	1,8 Prozent	557	31,7 Prozent	890	50,7 Prozent			
Davon Ahmadiyya	596	0,2 Prozent	233	39,1 Prozent	–	0,0 Prozent	12	2,0 Prozent	81	13,6 Prozent	269	45,1 Prozent			
Baden-Württemberg	90	0,0 Prozent	8	8,9 Prozent	–	0,0 Prozent	3	3,3 Prozent	19	21,1 Prozent	60	66,7 Prozent			
Davon Ahmadiyya	29	0,0 Prozent	6	20,7 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	20	69,0 Prozent			
Bayern	49	0,0 Prozent	4	8,2 Prozent	–	0,0 Prozent	2	4,1 Prozent	7	14,3 Prozent	36	73,5 Prozent			
Davon Ahmadiyya	9	0,0 Prozent	4	44,4 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	3	33,3 Prozent			
Berlin	18	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	16	88,9 Prozent			
Davon Ahmadiyya	1	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	100 Prozent			
Brandenburg	85	1,2 Prozent	6	7,1 Prozent	–	0,0 Prozent	2	2,4 Prozent	33	38,8 Prozent	43	50,6 Prozent			
Davon Ahmadiyya	11	0,0 Prozent	2	18,2 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	7	63,6 Prozent			
Bremen	12	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	2	16,7 Prozent	8	66,7 Prozent	2	16,7 Prozent			
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–			
Hamburg	1	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	100 Prozent			
Davon Ahmadiyya	1	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	100 Prozent			
Hessen	242	0,4 Prozent	38	15,7 Prozent	–	0,0 Prozent	9	3,7 Prozent	43	17,8 Prozent	151	62,4 Prozent			
Davon Ahmadiyya	109	0,0 Prozent	36	33,0 Prozent	–	0,0 Prozent	8	7,3 Prozent	8	8,3 Prozent	56	51,4 Prozent			
Mecklenburg-Vorpommern	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–			
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–			
Niedersachsen	123	0,0 Prozent	10	8,1 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	68	55,3 Prozent			
Davon Ahmadiyya	19	0,0 Prozent	7	36,8 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	10	52,6 Prozent			
Nordrhein-Westfalen	267	0,4 Prozent	82	30,7 Prozent	–	0,0 Prozent	7	2,6 Prozent	65	24,3 Prozent	112	41,9 Prozent			
Davon Ahmadiyya	101	1,0 Prozent	63	62,4 Prozent	–	0,0 Prozent	1	1,0 Prozent	5	5,0 Prozent	31	30,7 Prozent			
Rheinland-Pfalz	581	0,0 Prozent	113	19,4 Prozent	–	0,0 Prozent	1	0,2 Prozent	222	38,2 Prozent	245	42,2 Prozent			
Davon Ahmadiyya	261	0,0 Prozent	106	40,6 Prozent	–	0,0 Prozent	1	0,4 Prozent	47	18,0 Prozent	107	41,0 Prozent			
Saarland	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–			
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–			
Sachsen	281	1,4 Prozent	10	3,6 Prozent	1	0,4 Prozent	4	1,4 Prozent	112	39,9 Prozent	150	53,4 Prozent			
Davon Ahmadiyya	53	0,0 Prozent	9	17,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	1,9 Prozent	11	20,8 Prozent	32	60,4 Prozent			
Sachsen-Anhalt	1	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	100 Prozent	–	0,0 Prozent			



Tabellen: Gerichtsentscheidungen nach Verwaltungsgerichten ausgewählter Länder

01.01.-30.11.2025	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungsquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
Nach VG in Rheinland-Pfalz										%				
VG Trier	455	–	0,0 Prozent	87	19,1 Prozent	–	0,0 Prozent	7	1,5 Prozent	39,5 Prozent	144	31,6 Prozent	217	47,7 Prozent
Davon Ahmadiyya	185	–	0,0 Prozent	73	39,5 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	74,5 Prozent	25	13,5 Prozent	87	47,0 Prozent
2024														
Nach VG in Rheinland-Pfalz										%				
VG Trier	584	–	0,0 Prozent	114	19,5 Prozent	–	0,0 Prozent	1	0,2 Prozent	33,9 Prozent	224	38,4 Prozent	245	42,0 Prozent
Davon Ahmadiyya	262	–	0,0 Prozent	107	40,8 Prozent	–	0,0 Prozent	1	0,4 Prozent	70,1 Prozent	46	17,6 Prozent	108	41,2 Prozent

01.01.-30.11.2025	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
Nach VG in Brandenburg										%				
VG Cottbus	10	–	0,0 Prozent	6	60,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	10,0 Prozent	100 Prozent	–	0,0 Prozent	3	30,0 Prozent
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
VG Frankfurt/Oder	182	–	0,0 Prozent	2	1,1 Prozent	–	0,0 Prozent	1	0,5 Prozent	3,9 Prozent	74	40,7 Prozent	105	57,7 Prozent
Davon Ahmadiyya	6	–	0,0 Prozent	1	16,7 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	50,0 Prozent	1	16,7 Prozent	4	66,7 Prozent

2024	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
Nach VG in Brandenburg										%				
VG Cottbus	16	1	6,3 Prozent	2	12,5 Prozent	–	0,0 Prozent	1	6,3 Prozent	66,7 Prozent	2	12,5 Prozent	10	62,5 Prozent
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
VG Frankfurt/Oder	43	–	0,0 Prozent	1	2,3 Prozent	–	0,0 Prozent	1	2,3 Prozent	13,3 Prozent	13	30,2 Prozent	28	65,1 Prozent
Davon Ahmadiyya	9	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	2	22,2 Prozent	7	77,8 Prozent
VG Potsdam	28	–	0,0 Prozent	3	10,7 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	14,3 Prozent	18	64,3 Prozent	7	25,0 Prozent
Davon Ahmadiyya	2	–	0,0 Prozent	2	100 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	100 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent

01.01.-30.11.2025	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungsquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)		
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Nach VG in Sachsen															
Sächsisches OVG	1	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	–	–	0,0 Prozent	1	100 Prozent
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
VG Chemnitz	188	–	0,0 Prozent	7	3,7 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	12,1 Prozent	51	27,1 Prozent	130	69,1 Prozent	
Davon Ahmadiyya	30	–	0,0 Prozent	7	23,3 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	53,8 Prozent	6	20,0 Prozent	17	56,7 Prozent	
VG Dresden	15	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	–	–	15	100 Prozent	
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
VG Leipzig	36	–	0,0 Prozent	1	2,8 Prozent	–	0,0 Prozent	1	2,8 Prozent	7,4 Prozent	25	69,4 Prozent	9	25,0 Prozent	
Davon Ahmadiyya	4	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	–	–	4	100 Prozent	

2024	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungsquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)		
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Nach VG in Sachsen															
Sächsisches OVG	5	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	–	–	0,0 Prozent	5	100 Prozent
Davon Ahmadiyya	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
VG Chemnitz	206	4	1,9 Prozent	11	5,3 Prozent	–	0,0 Prozent	4	1,9 Prozent	19,6 Prozent	78	37,9 Prozent	109	52,9 Prozent	
Davon Ahmadiyya	42	–	0,0 Prozent	10	23,8 Prozent	–	0,0 Prozent	1	2,4 Prozent	52,4 Prozent	10	23,8 Prozent	21	50,0 Prozent	
VG Dresden	57	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	1,8 Prozent	–	0,0 Prozent	3,6 Prozent	27	47,4 Prozent	29	50,9 Prozent	
Davon Ahmadiyya	6	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	1	16,7 Prozent	5	83,3 Prozent	
VG Leipzig	17	–	0,0 Prozent	1	5,9 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	12,5 Prozent	7	41,2 Prozent	9	52,9 Prozent	
Davon Ahmadiyya	7	–	0,0 Prozent	1	14,3 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	100 Prozent	–	–	6	85,7 Prozent	

15. Wie waren die Entscheidungen des VG Augsburg zu den Herkunftsländern Jemen und Nigeria im Jahr 2024 bzw. 2025 (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben, nach den unterschiedlichen Schutzstatus, Ablehnung bzw. Einstellung differenzieren und zudem jeweils die bereinigte Aufhebungsquote angeben), und wie waren die entsprechenden Werte für die anderen Verwaltungsgerichte in Bayern (bitte entsprechend differenzieren und nach Verwaltungsgerichten getrennt auflisten)?

Für das Jahr 2025 liegen bislang nur Daten bis 30. November 2025 vor. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Tabellen: Gerichtsstatistik für Erst- und Folgeanträge über Klagen, Berufungen, Revisionen

Jahr 2024 Jemen	Entscheidungen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
	4	-	0,0 Prozent	1	25,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	33,3 Prozent	2	50,0 Prozent	1	25,0 Prozent
VG Ansbach	32	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	0,0 Prozent	8	25,0 Prozent	24	75,0 Prozent
VG Augsburg	117	-	0,0 Prozent	3	2,6 Prozent	7	6,0 Prozent	13	11,1 Prozent	69,7 Prozent	10	8,5 Prozent	84	71,8 Prozent
VG Regensburg	13	-	0,0 Prozent	1	7,7 Prozent	-	0,0 Prozent	2	15,4 Prozent	30,0 Prozent	7	53,8 Prozent	3	23,1 Prozent

01.01.-30.11.2025 Jemen	Entscheidun- gen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
	13	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	5	38,5 Prozent	62,5 Prozent	3	23,1 Prozent	5	38,5 Prozent
VG Ansbach	435	-	0,0 Prozent	1	0,2 Prozent	1	0,2 Prozent	5	1,1 Prozent	3,5 Prozent	193	44,4 Prozent	235	54,0 Prozent
VG Augsburg	324	-	0,0 Prozent	6	1,9 Prozent	5	1,5 Prozent	28	8,6 Prozent	25,3 Prozent	115	35,5 Prozent	170	52,5 Prozent
VG München	2	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	2	100 Prozent
VG Regensburg	4	-	0,0 Prozent	1	25,0 Prozent	-	0,0 Prozent	1	25,0 Prozent	100 Prozent	-	0,0 Prozent	2	50,0 Prozent

Jahr 2024 Nigeria	Entscheidun- gen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
	1	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	1	100 Prozent
BayVGH	45	-	0,0 Prozent	2	4,4 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	11,8 Prozent	15	33,3 Prozent	28	62,2 Prozent
VG Ansbach	61	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	0,0 Prozent	26	42,6 Prozent	35	57,4 Prozent
VG Augsburg	6	-	0,0 Prozent	1	16,7 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	100,0 Prozent	-	0,0 Prozent	5	83,3 Prozent
VG Bayreuth	660	-	0,0 Prozent	2	0,3 Prozent	1	0,2 Prozent	30	4,5 Prozent	12,6 Prozent	229	34,7 Prozent	398	60,3 Prozent

Jahr 2024 Nigeria	Entscheidungen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
	65	–	0,0 Prozent	1	1,5 Prozent	–	0,0 Prozent	8	12,3 Prozent	28,1 Prozent	23	35,4 Prozent	33	50,8 Prozent
	18	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	3	16,7 Prozent	33,3 Prozent	6	33,3 Prozent	9	50,0 Prozent
	2	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	2	100 Prozent

01.01.-30.11.2025 Nigeria	Entscheidungen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungsquote ohne Berücksich- tigung formeller Entscheidungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigun- gen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
	6	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	1	16,7 Prozent	5	83,3 Prozent
	19	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	5,3 Prozent	9,1 Prozent	10	52,6 Prozent	8	42,1 Prozent
	216	–	0,0 Prozent	1	0,5 Prozent	–	0,0 Prozent	1	0,5 Prozent	3,4 Prozent	57	26,4 Prozent	157	72,7 Prozent
	225	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	7	3,1 Prozent	7,4 Prozent	87	38,7 Prozent	131	58,2 Prozent
	42	–	0,0 Prozent	1	2,4 Prozent	–	0,0 Prozent	9	21,4 Prozent	52,6 Prozent	9	21,4 Prozent	23	54,8 Prozent
	2	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	2	100 Prozent

16. Wie waren die Entscheidungen des VG Bayreuth zu den Herkunftsländern Jordanien und Peru im Jahr 2024 bzw. 2025 (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben, nach den unterschiedlichen Schutzstatus, Ablehnung bzw. Einstellung differenzieren und zudem jeweils die bereinigte Aufhebungsquote angeben), und wie waren die entsprechenden Werte für die anderen Verwaltungsgerichte in Bayern (bitte entsprechend differenzieren und nach Verwaltungsgerichten getrennt auflisten)?

Für das Jahr 2025 liegen bislang nur Daten bis 30. November 2025 vor. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Tabellen: Gerichtsstatistik für Erst- und Folgeanträge über Klagen, Berufungen, Revisionen

Jahr 2024 Jordanien	Entscheidungen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
	2	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	2	100 Prozent
	2	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	1	50,0 Prozent	1	50,0 Prozent
	4	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	3	75,0 Prozent	1	25,0 Prozent
	158	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	0,6 Prozent	2,1 Prozent	46	29,1 Prozent	111	70,3 Prozent

01.01.-30.11.2025 Jordanien	Entscheidun- gen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
	1	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	100 Prozent
	6	–	0,0 Prozent	1	16,7 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	16,7 Prozent	5	83,3 Prozent	–	0,0 Prozent
	79	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	21	26,6 Prozent	58	73,4 Prozent
	80	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	38	47,5 Prozent	42	52,5 Prozent
	1	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	1	100 Prozent	–	0,0 Prozent

Jahr 2024 Peru	Entscheidungen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.-Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
	1	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	1	100 Prozent
	5	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	4	80,0 Prozent	1	20,0 Prozent
	77	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	44	57,1 Prozent	33	42,9 Prozent

01.01.-30.11.2025 Peru	Entscheidun- gen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam.- Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
	41	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	26	63,4 Prozent	15	36,6 Prozent
	13	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	9	69,2 Prozent	4	30,8 Prozent

17. Wie waren die Entscheidungen des VG Regensburg zu den Herkunftsländern Angola, Demokratische Republik Kongo, Kongo, Sierra Leone und Uganda im Jahr 2024 bzw. 2025 (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben, nach den unterschiedlichen Schutzstatus, Ablehnung bzw. Einstellung differenzieren und zudem jeweils die bereinigte Aufhebungsquote angeben), und wie waren die entsprechenden Werte für die anderen Verwaltungsgerichte in Bayern (bitte entsprechend differenzieren und nach Verwaltungsgerichten getrennt auflisten)?

Für das Jahr 2025 liegen bislang nur Daten bis 30. November 2025 vor. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Tabellen: Gerichtsstatistik für Erst- und Folgeanträge über Klagen, Berufungen, Revisionen

Jahr 2024 Angola	Entscheidungen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
VG Ansbach	2	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	2	100 Prozent
VG München	6	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0,0 Prozent	2	33,3 Prozent	4	66,7 Prozent
VG Regensburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

01.01.-30.11.2025 Angola	Entscheidun- gen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
VG München	2	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	1	50,0 Prozent	50,0 Prozent	1	50,0 Prozent	0	0,0 Prozent
VG Regensburg	4	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	4	100 Prozent







Jahr 2024 Uganda	Entscheidungen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
	1	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0,0 Prozent	1	100 Prozent	0	0,0 Prozent
VG Aushbach	2	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	2	100 Prozent
VG Augsburg	140	3	2,1 Prozent	2	1,4 Prozent	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	7,0 Prozent	66	47,1 Prozent	69	49,3 Prozent
VG Regensburg	1	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0,0 Prozent	1	100 Prozent	0	0,0 Prozent

01.01.-30.11.2025 Uganda	Entscheidungen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Be- rücksichtigung formeller Ent- scheidungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
VG München	54	7	13,0 Prozent	2	3,7 Prozent	0	0,0 Prozent	1	1,9 Prozent	25,0 Prozent	30	55,6 Prozent	14	25,9 Prozent
VG Regensburg	61	1	1,6 Prozent	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	0	0,0 Prozent	2,9 Prozent	34	55,7 Prozent	26	42,6 Prozent

18. Wie waren die Entscheidungen des VG Würzburg bzw. des VG Ansbach zum Herkunftsland Türkei im Jahr 2024 bzw. 2025 (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben, nach den unterschiedlichen Schutzstatus, Ablehnung bzw. Einstellung differenzieren und zudem jeweils die bereinigte Aufhebungsquote angeben), und wie waren die entsprechenden Werte für die anderen Verwaltungsgerichte in Bayern (bitte entsprechend differenzieren und nach Verwaltungsgerichten getrennt auflisten)?

Für das Jahr 2025 liegen bislang nur Daten bis 30. November 2025 vor. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Tabellen: Gerichtsstatistik für Erst- und Folgeanträge über Klagen, Berufungen, Revisionen

Jahr 2024 Türkei	Entscheidungen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
BayVGH	2	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	2	100 Prozent
VG Ansbach	1 111	-	0,0 Prozent	9	0,8 Prozent	-	0,0 Prozent	1	0,1 Prozent	1,6 Prozent	627	56,4 Prozent	474	42,7 Prozent
VG Augsburg	479	1	0,2 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	0,6 Prozent	160	33,4 Prozent	318	66,4 Prozent
VG Bayreuth	28	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	0,0 Prozent	19	67,9 Prozent	9	32,1 Prozent
VG München	630	1	0,2 Prozent	18	2,9 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	17,6 Prozent	89	14,1 Prozent	522	82,9 Prozent
VG Regensburg	76	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	0,0 Prozent	57	75,0 Prozent	19	25,0 Prozent
VG Würzburg	174	-	0,0 Prozent	1	0,6 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	2,0 Prozent	97	55,7 Prozent	75	43,1 Prozent

01.01.-30.11.2025 Türkei	Entscheidungen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
BayVGH	6	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	6	100 Prozent
VG Ansbach	417	-	0,0 Prozent	9	2,2 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	2,7 Prozent	319	76,5 Prozent	89	21,3 Prozent
VG Augsburg	749	1	0,1 Prozent	1	0,1 Prozent	-	0,0 Prozent	1	0,1 Prozent	0,8 Prozent	358	47,8 Prozent	388	51,8 Prozent
VG Bayreuth	26	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	0,0 Prozent	6	23,1 Prozent	20	76,9 Prozent
VG München	1 302	2	0,2 Prozent	21	1,6 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	3,9 Prozent	568	43,6 Prozent	711	54,6 Prozent
VG Regensburg	75	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	0,0 Prozent	33	44,0 Prozent	42	56,0 Prozent
VG Würzburg	955	-	0,0 Prozent	10	1,0 Prozent	2	0,2 Prozent	1	0,1 Prozent	2,3 Prozent	564	59,1 Prozent	378	39,6 Prozent
BayVGH – Außen- stelle Ansbach	2	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	0,0 Prozent	-	0,0 Prozent	2	100 Prozent

19. Welche Verwaltungsgerichte wiesen im Jahr 2025 (bzw. soweit vorliegend) bei Asylklagen bereinigte Aufhebungsquoten (Anteil positiver Entscheidungen ohne Berücksichtigung sonstiger Erledigungen) auf, die weniger als halb so hoch waren wie im Bundesdurchschnitt (bitte zu den Herkunftsstaaten Afghanistan, Äthiopien, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Somalia und Türkei jeweils alle Verwaltungsgerichte auflisten, die dieses Kriterium erfüllen, soweit mehr als 25 Entscheidungen zum jeweiligen Herkunftsland getroffen wurden, bitte absolute und relative Zahlenangaben zu den Verfahrensausgängen machen)?

Für das Jahr 2025 liegen bislang nur Daten bis 30. November 2025 vor. Daten aus der Gerichtsstatistik für Asylerst- und Asylfolgeanträge über Asylklagen mit Aufhebungsquoten ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen, die weniger als halb so hoch waren als im Bundesdurchschnitt, können für die angefragten Herkunftsländer den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

01.01.-30.11.2025 – Afghanistan –	Entscheidungen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
Nach Verwal- tungsgerichten														
Gesamt über alle VGs	7 244	4	0,1 Prozent	229	3,2 Prozent	20	0,3 Prozent	308	4,3 Prozent	29,1 Prozent	1 370	18,9 Prozent	5 313	73,3 Prozent
VG Münster	69	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	7	10,1 Prozent	62	89,9 Prozent
VG Oldenburg	40	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	1	2,5 Prozent	39	97,5 Prozent
VG Braunschweig	32	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	1	3,1 Prozent	31	96,9 Prozent
VG Trier	445	–	0,0 Prozent	1	0,2 Prozent	3	0,7 Prozent	4	0,9 Prozent	3,3 Prozent	235	52,8 Prozent	202	45,4 Prozent
VG Greifswald	226	–	0,0 Prozent	2	0,9 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	3,8 Prozent	51	22,6 Prozent	173	76,5 Prozent
VG Kassel	222	–	0,0 Prozent	1	0,5 Prozent	–	0,0 Prozent	2	0,9 Prozent	4,8 Prozent	59	26,6 Prozent	160	72,1 Prozent
VG des Saarlandes	38	–	0,0 Prozent	1	2,6 Prozent	–	0,0 Prozent	1	2,6 Prozent	6,5 Prozent	29	76,3 Prozent	7	18,4 Prozent
VG Ansbach	50	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	2,0 Prozent	10,0 Prozent	9	18,0 Prozent	40	80,0 Prozent
VG Meiningen	241	–	0,0 Prozent	3	1,2 Prozent	–	0,0 Prozent	3	1,2 Prozent	10,3 Prozent	52	21,6 Prozent	183	75,9 Prozent
VG Aachen	101	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	2	2,0 Prozent	11,1 Prozent	16	15,8 Prozent	83	82,2 Prozent
VG Augsburg	525	–	0,0 Prozent	14	2,7 Prozent	–	0,0 Prozent	13	2,5 Prozent	11,4 Prozent	209	39,8 Prozent	289	55,0 Prozent
VG Köln	144	–	0,0 Prozent	2	1,4 Prozent	1	0,7 Prozent	–	0,0 Prozent	11,5 Prozent	23	16,0 Prozent	118	81,9 Prozent

01.01.-30.11.2025 – Äthiopien –	Entscheidun- gen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)		
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Nach Verwal- tungsgerichten															
Gesamt über alle VGs	824	–	0,0 Prozent	20	2,4 Prozent	1	0,1 Prozent	73	8,9 Prozent	24,8 Prozent	285	34,6 Prozent	445	54,0 Prozent	
VG Gießen	89	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	38	42,7 Prozent	51	57,3 Prozent	
VG Würzburg	41	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	3	7,3 Prozent	38	92,7 Prozent	
VG Dresden	26	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	3	11,5 Prozent	23	88,5 Prozent	
VG Frankfurt/Main	100	–	0,0 Prozent	1	1,0 Prozent	–	0,0 Prozent	3	3,0 Prozent	5,6 Prozent	67	67,0 Prozent	29	29,0 Prozent	
VG Regensburg	194	–	0,0 Prozent	1	0,5 Prozent	–	0,0 Prozent	3	1,5 Prozent	6,6 Prozent	57	29,4 Prozent	133	68,6 Prozent	
VG Ansbach	53	–	0,0 Prozent	2	3,8 Prozent	–	0,0 Prozent	2	3,8 Prozent	11,8 Prozent	30	56,6 Prozent	19	35,8 Prozent	

01.01.-30.11.2025 – Irak –	Entscheidungen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
Nach Verwal- tungsgerichten														
Gesamt über alle VGs	8 891	2	0,0 Prozent	249	2,8 Prozent	83	0,9 Prozent	600	6,7 Prozent	18,8 Prozent	4.047	45,5 Prozent	3 910	44,0 Prozent
VG Osnabrück	234	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	173	73,9 Prozent	61	26,1 Prozent
VG Bayreuth	43	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	18	41,9 Prozent	25	58,1 Prozent
VG Münster	405	–	0,0 Prozent	1	0,2 Prozent	–	0,0 Prozent	1	0,2 Prozent	0,7 Prozent	273	67,4 Prozent	130	32,1 Prozent
VG Greifswald	217	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	0,5 Prozent	–	0,0 Prozent	0,8 Prozent	130	59,9 Prozent	86	39,6 Prozent
VG München	112	–	0,0 Prozent	1	0,9 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1,6 Prozent	62	55,4 Prozent	49	43,8 Prozent
VG Trier	141	–	0,0 Prozent	1	0,7 Prozent	–	0,0 Prozent	1	0,7 Prozent	2,4 Prozent	83	58,9 Prozent	56	39,7 Prozent
VG Regensburg	172	–	0,0 Prozent	2	1,2 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	2,6 Prozent	75	43,6 Prozent	95	55,2 Prozent
VG Augsburg	391	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	5	1,3 Prozent	2	0,5 Prozent	3,9 Prozent	174	44,5 Prozent	210	53,7 Prozent
VG Hamburg	229	–	0,0 Prozent	3	1,3 Prozent	–	0,0 Prozent	2	0,9 Prozent	4,1 Prozent	117	51,1 Prozent	107	46,7 Prozent
VG Sigmaringen	125	–	0,0 Prozent	2	1,6 Prozent	–	0,0 Prozent	2	1,6 Prozent	5,6 Prozent	68	54,4 Prozent	53	42,4 Prozent
VG Düsseldorf	458	–	0,0 Prozent	2	0,4 Prozent	–	0,0 Prozent	20	4,4 Prozent	7,9 Prozent	256	55,9 Prozent	180	39,3 Prozent
VG Amberg	322	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	14	4,3 Prozent	8,1 Prozent	158	49,1 Prozent	150	46,6 Prozent
VG Magdeburg	115	–	0,0 Prozent	2	1,7 Prozent	–	0,0 Prozent	3	2,6 Prozent	8,8 Prozent	52	45,2 Prozent	58	50,4 Prozent

01.01.-30.11.2025 – Iran –	Entscheidungen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
Nach Verwal- tungsgerichten														
Gesamt über alle VGs	3 855	30	0,8 Prozent	723	18,8 Prozent	23	0,6 Prozent	39	1,0 Prozent	40,3 Prozent	1 206	31,3 Prozent	1 834	47,6 Prozent
VG Aunsbach	148	–	0,0 Prozent	6	4,1 Prozent	2	1,4 Prozent	–	0,0 Prozent	7,8 Prozent	95	64,2 Prozent	45	30,4 Prozent
VG Schleswig- Holstein	280	–	0,0 Prozent	16	5,7 Prozent	3	1,1 Prozent	4	1,4 Prozent	11,6 Prozent	176	62,9 Prozent	81	28,9 Prozent
VG Gelsenkirchen	101	–	0,0 Prozent	4	4,0 Prozent	–	0,0 Prozent	2	2,0 Prozent	15,0 Prozent	34	33,7 Prozent	61	60,4 Prozent
VG Greifswald	156	2	1,3 Prozent	14	9,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	0,6 Prozent	19,8 Prozent	69	44,2 Prozent	70	44,9 Prozent

01.01.-30.11.2025 – Nigeria –	Entscheidungen gesamt		Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungsquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen		Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	%	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Nach Verwaltungsgerichten																
Gesamt über alle VGs	2 089	0,1 Prozent	3	0,9 Prozent	19	0,9 Prozent	5	0,2 Prozent	133	6,4 Prozent	18,3 Prozent	714	34,2 Prozent	1 215	58,2 Prozent	
VG Trier	75	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	39	52,0 Prozent	36	48,0 Prozent	
VG Hamburg	46	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	37	80,4 Prozent	9	19,6 Prozent	
VG Schleswig-Holstein	34	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	7	20,6 Prozent	27	79,4 Prozent	
VG Cottbus	71	0,0 Prozent	–	1,4 Prozent	1	1,4 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	2,9 Prozent	33	46,5 Prozent	37	52,1 Prozent	
VG Augsburg	216	0,0 Prozent	–	0,5 Prozent	1	0,5 Prozent	–	0,0 Prozent	1	0,5 Prozent	3,4 Prozent	57	26,4 Prozent	157	72,7 Prozent	
VG München	225	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	7	3,1 Prozent	7,4 Prozent	87	38,7 Prozent	131	58,2 Prozent	
VG Karlsruhe	134	0,7 Prozent	1	0,7 Prozent	1	0,7 Prozent	1	0,7 Prozent	1	0,7 Prozent	8,9 Prozent	41	30,6 Prozent	89	66,4 Prozent	

01.01.-30.11.2025 – Pakistan –	Entscheidungen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen %	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil		
Nach Verwal- tungsgerichten														
Gesamt über alle VGs	1 516	1	0,1 Prozent	179	11,8 Prozent	–	0,0 Prozent	39	2,6 Prozent	29,2 Prozent	530	35,0 Prozent	767	50,6 Prozent
VG Frankfurt /Oder	182	–	0,0 Prozent	2	1,1 Prozent	–	0,0 Prozent	1	0,5 Prozent	3,9 Prozent	74	40,7 Prozent	105	57,7 Prozent
VG Leipzig	36	–	0,0 Prozent	1	2,8 Prozent	–	0,0 Prozent	1	2,8 Prozent	7,4 Prozent	25	69,4 Prozent	9	25,0 Prozent
VG Lüneburg	27	–	0,0 Prozent	2	7,4 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	11,8 Prozent	15	55,6 Prozent	10	37,0 Prozent
VG Chemnitz	188	–	0,0 Prozent	7	3,7 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	12,1 Prozent	51	27,1 Prozent	130	69,1 Prozent

01.01.-30.11.2025 – Russische Föderation –	Entscheidungen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen %	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil		
Nach Verwal- tungsgerichten														
Gesamt über alle VGs	3 555	5	0,1 Prozent	43	1,2 Prozent	103	2,9 Prozent	34	1,0 Prozent	13,6 Prozent	1 176	33,1 Prozent	2 194	61,7 Prozent
VG Trier	163	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	118	72,4 Prozent	45	27,6 Prozent
VG Schwerin	99	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	36	36,4 Prozent	63	63,6 Prozent
VG Hannover	89	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	6	6,7 Prozent	83	93,3 Prozent
VG Dresden	78	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	14	17,9 Prozent	64	82,1 Prozent
VG Kassel	70	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	37	52,9 Prozent	33	47,1 Prozent
VG Ansbach	58	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	19	32,8 Prozent	39	67,2 Prozent
VG Leipzig	36	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	5	13,9 Prozent	31	86,1 Prozent
VG Braunschweig	27	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	1	3,7 Prozent	26	96,3 Prozent
VG Frankfurt/Main	60	1	1,7 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	2,9 Prozent	33	55,0 Prozent	26	43,3 Prozent
VG Potsdam	388	1	0,3 Prozent	1	0,3 Prozent	5	1,3 Prozent	1	0,3 Prozent	4,3 Prozent	180	46,4 Prozent	200	51,5 Prozent
VG Schleswig- Holstein	281	–	0,0 Prozent	2	0,7 Prozent	5	1,8 Prozent	1	0,4 Prozent	4,7 Prozent	163	58,0 Prozent	110	39,1 Prozent
VG Bremen	90	–	0,0 Prozent	1	1,1 Prozent	1	1,1 Prozent	1	1,1 Prozent	6,5 Prozent	43	47,8 Prozent	44	48,9 Prozent
VG Cottbus	100	–	0,0 Prozent	2	2,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	1,0 Prozent	6,7 Prozent	42	42,0 Prozent	55	55,0 Prozent

01.01.-30.11.2025 – Somalia –	Nach Verwaltungsgerichten	Entscheidungen gesamt		Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungsquote ohne Berücksichtigung formeller Entscheidungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
	Gesamt über alle VGs	1 764	0,0 Prozent	31	1,8 Prozent	9	0,5 Prozent	75	4,3 Prozent	30,6 Prozent	261	14,8 Prozent	1 388	78,7 Prozent		
	VG Würzburg	254	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	11	4,3 Prozent	243	95,7 Prozent		
	VG Trier	208	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	20	9,6 Prozent	188	90,4 Prozent		
	VG Cottbus	71	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	40	56,3 Prozent	31	43,7 Prozent		
	VG Aachen	35	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	9	25,7 Prozent	26	74,3 Prozent		
	VG Leipzig	31	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	14	45,2 Prozent	17	54,8 Prozent		
	VG Frankfurt/Main	30	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	4	13,3 Prozent	26	86,7 Prozent		
	VG Schwerin	30	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	4	13,3 Prozent	26	86,7 Prozent		
	VG Ansbach	29	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	16	55,2 Prozent	13	44,8 Prozent		
	VG Münster	29	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	6	20,7 Prozent	23	79,3 Prozent		
	VG Gießen	99	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	1,0 Prozent	1	1,0 Prozent	5,6 Prozent	34	34,3 Prozent	63	63,6 Prozent		
	VG Köln	63	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	10,0 Prozent	9	14,3 Prozent	53	84,1 Prozent		
	VG Kassel	59	0,0 Prozent	1	1,7 Prozent	1	1,7 Prozent	–	0,0 Prozent	11,1 Prozent	16	27,1 Prozent	41	69,5 Prozent		

01.01.-30.11.2025 – Türkei –	Entscheidungen gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl		(GFK) Flüchtlingsschutz		Subsidiärer Schutz		Abschiebungsverbot		Aufhebungs- quote ohne Berücksichti- gung formel- ler Entschei- dungen	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	
		absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		absolut	Anteil	absolut	Anteil
Nach Verwal- tungsgerichten														
Gesamt über alle VGs	24 041	64	0,3 Prozent	729	3,0 Prozent	71	0,3 Prozent	138	0,6 Prozent	7,4 Prozent	12 457	51,8 Prozent	10 582	44,0 Prozent
VG Göttingen	105	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	43	41,0 Prozent	62	59,0 Prozent
VG Regensburg	75	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	33	44,0 Prozent	42	56,0 Prozent
VG Bayreuth	26	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	0,0 Prozent	6	23,1 Prozent	20	76,9 Prozent
VG Augsburg	749	1	0,1 Prozent	1	0,1 Prozent	–	0,0 Prozent	1	0,1 Prozent	0,8 Prozent	358	47,8 Prozent	388	51,8 Prozent
VG des Saarlandes	124	–	0,0 Prozent	1	0,8 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1,5 Prozent	64	51,6 Prozent	59	47,6 Prozent
VG Gießen	1 049	1	0,1 Prozent	10	1,0 Prozent	1	0,1 Prozent	–	0,0 Prozent	1,9 Prozent	630	60,1 Prozent	407	38,8 Prozent
VG Würzburg	955	–	0,0 Prozent	10	1,0 Prozent	2	0,2 Prozent	1	0,1 Prozent	2,3 Prozent	564	59,1 Prozent	378	39,6 Prozent
VG Ansbach	417	–	0,0 Prozent	9	2,2 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	2,7 Prozent	319	76,5 Prozent	89	21,3 Prozent
VG Aachen	625	5	0,8 Prozent	3	0,5 Prozent	–	0,0 Prozent	5	0,8 Prozent	2,9 Prozent	440	70,4 Prozent	172	27,5 Prozent
VG Magdeburg	111	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	–	0,0 Prozent	1	0,9 Prozent	2,9 Prozent	33	29,7 Prozent	77	69,4 Prozent
VG Wiesbaden	369	–	0,0 Prozent	7	1,9 Prozent	–	0,0 Prozent	1	0,3 Prozent	3,5 Prozent	223	60,4 Prozent	138	37,4 Prozent
VG Chemnitz	195	–	0,0 Prozent	1	0,5 Prozent	2	1,0 Prozent	1	0,5 Prozent	3,5 Prozent	110	56,4 Prozent	81	41,5 Prozent

20. Hat die Bundesregierung eine Erklärung dafür, dass die Verwaltungsgerichte seit 2022 etwa zwei Drittel der inhaltlich überprüften BAMF-Bescheide zu Ahmadiyya-Geflüchteten als rechtswidrig aufgehoben haben (vgl. die Antworten auf die Schriftlichen Fragen 33 und 34 des Abgeordneten Bodo Ramelow auf Bundestagsdrucksache 21/2387; eigene Berechnung der Fragestellenden), und wenn ja, welche?

Ist dieser Umstand nach Auffassung der Bundesregierung ein Indiz dafür, dass die Entscheidungspraxis des BAMF zu Ahmadiyya-Geflüchteten fehlerhaft ist und geändert werden muss, zumal zu den Aufhebungen durch die Gerichte noch Abhilfeentscheidungen des BAMF hinzukommen (ebd.; wenn nein, warum nicht, und wenn ja, was unternimmt die Bundesregierung diesbezüglich)?

Die Bundesregierung kann die von den Fragestellenden vorgenommenen Berechnungen nicht nachvollziehen. Der Verweis auf die Schriftliche Frage 33 des Abgeordneten Bodo Ramelow auf Bundestagsdrucksache 21/2387 legt nahe, dass die Anzahl der ablehnenden Entscheidungen des BAMF über Asylanträge (einfach/offensichtlich unbegründet) als Berechnungsgrundlage zugrunde gelegt wurde. In der Schriftlichen Frage 33 auf Bundestagsdrucksache 21/2387 geht es um die Entscheidungen, die das BAMF im Jahr 2022 zum Herkunftsstaat Pakistan getroffen hat. Bei der Interpretation der Statistik der Verwaltungsgerichte im Jahr 2022 bleibt unberücksichtigt, dass die diesbezügliche Entscheidung des BAMF über den Asylantrag bereits länger zurückliegen kann, also die Dauer der Verwaltungsgerichtsverfahren oder Rechtsbehelfe mit dem Ziel der Zuerkennung eines höherwertigen Schutzstatus („Aufstockung“: zum Beispiel von gewährtem subsidiären Schutz gemäß § 4 Absatz 1 des Asylgesetzes zur begehrten Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes) keine Rolle spielt. Der konstruierte Zusammenhang zwischen den Schriftlichen Fragen 33 und 34 ist nach Ansicht der Bundesregierung statistisch nicht belastbar.

21. Welche wesentlichen Änderungen der Herkunftsländerleitsätze zu Pakistan und von internen Hinweisen zur Bewertung der Lage von Ahmadiyya in Pakistan hat es in den letzten fünf Jahren gegeben (bitte mit Datum und Inhalt auflisten)?

Die Bundesregierung hat aufgrund der zur Verfügung stehenden Erkenntnisse, die sich aus unterschiedlichen Quellen wie dem Lagebericht des Auswärtigen Amtes über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in Pakistan, den Berichten der Europäischen Asylagentur, den Dokumentationen von Partnerbehörden, des UNHCR oder von Nichtregierungsorganisationen ergeben, in den vergangenen fünf Jahren keine Veranlassung gesehen, Änderungen in den Herkunftsländerleitsätzen vorzunehmen.

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

*Tabelle 1: Baden-Württemberg*

Herkunftsland	Ellwangen	Karlsruhe	Sigmaringen	Freiburg	In Baden-Württemberg
Afghanistan		X			X
Ägypten		X			X
Albanien		X			X
Algerien		X			X
Andorra					
Angola					
Antigua und Barbuda		X			X
Äquatorialguinea					
Argentinien					
Armenien		X			X
Aserbaidshan					
Äthiopien					
Australien					
Bahamas					
Bahrain					
Bangladesch					
Barbados					
Belarus					

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Belgien					
Belize					
Benin					
Bhutan					
Bolivien					
Bosnien und Herzegowina		X			X
Botsuana					
Brasilien					
Brit. abh. Geb. Afrika					
Brit. abh. Geb. Amerika					
Brit. abh. Geb. Asien					
Brit. abh. Geb. Australien					
Brit. abh. Geb. Europa					
Brunei					
Bulgarien					
Burkina Faso					
Burundi					
Cabo Verde		X			X
Chile					

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

China		X			X
Cookinseln					
Costa Rica					
Dänemark					
Dominica					
Dominikanische Republik					
Dschibuti					
Ecuador					
El Salvador					
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)					
Eritrea		X			X
Estland					
Eswatini					
Fidschi					
Finnland					
Frankreich					
Gabun					
Gambia		X			X
Georgien		X			X
Ghana		X			X
Grenada					

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Griechenland					
Großbritannien mit Nordirland					
Guatemala					
Guinea		X			X
Guinea-Bissau					
Guyana					
Haiti					
Honduras					
Indien		X			X
Indonesien					
Irak		X			X
Iran		X			X
Irland					
Island					
Israel					
Italien					
Jamaika					
Japan					
Jemen					
Jordanien					
Kambodscha					

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Kamerun		X			X
Kanada					
Kasachstan					
Katar					
Kenia					
Kirgisistan					
Kiribati					
Kolumbien					
Komoren		X			X
Kongo					
Kongo, Demokratische Republik					
Korea, Demokratische Volksrepublik		X			X
Korea, Republik		X			X
Kosovo, Republik <sub>1</sub>		X			X
Kroatien					
Kuba					
Kuwait					
Laos, Demokratische Volksrepublik					

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Lesotho					
Lettland					
Libanon					
Liberia					
Libyen					
Liechtenstein					
Litauen					
Luxemburg					
Madagaskar					
Malawi					
Malaysia					
Malediven		X			X
Mali					
Malta					
Marokko					
Marshallinseln					
Mauretanien					
Mauritius					
Mexiko					
Mikronesien					
Moldau, Republik		X			X

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Monaco					
Mongolei					
Montenegro, Republik		X			X
Mosambik					
Myanmar					
Namibia					
Nauru					
Nepal, Demokratische Bundesrepublik					
Neuseeland					
Nicaragua					
Niederlande					
Niger					
Nigeria		X			X
Niue					
Nordmazedonien		X			X
Norwegen					
Oman					
Österreich		X			X
Ost-Timor					
Pakistan					

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Palästinensische Gebiete (nicht als Staat anerkannt) 3					
Palau					
Panama					
Papua-Neuguinea					
Paraguay					
Peru					
Philippinen					
Polen					
Portugal					
Ruanda					
Rumänien					
Russische Föderation		X			X
Salomonen					
Sambia					
Samoa					
San Marino		X			X
Sao Tome und Principe					
Saudi-Arabien		X			X

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Schweden					
Schweiz					
Senegal		X			X
Serbien, Republik <sup>1</sup>		X			X
Seychellen					
Sierra Leone					
Simbabwe					
Singapur					
Slowakei					
Slowenien					
Somalia		X			X
Spanien		X			X
Sri Lanka		X			X
St. Kitts und Nevis					
St. Lucia					
St. Vincent, Grenadinen					
Staatenlos		X			X
Südafrika					
Sudan <sup>2</sup>					
Südsudan <sup>2</sup>					

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Suriname					
Syrien		X			X
Tadschikistan					
Taiwan					
Tansania, Vereinigte Republik					
Thailand					
Togo		X			X
Tonga					
Trinidad und Tobago					
Tschad					
Tschechien					
Tunesien					
Türkei		X			X
Turkmenistan					
Tuvalu					
Uganda					
Ukraine					
Ungarn					
Ungeklärt		X			X
Uruguay					

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Usbekistan					
Vanuatu					
Vatikanstadt	X		X	X	X
Venezuela					
Vereinigte Arabische Emirate					
Vereinigte Staaten von Amerika		X			X
Vietnam					
Zentralafrikan. Republik					
Zypern					

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Tabelle 2: Bayern

Herkunftsland	Bamberg	Deggendorf	Schweinfurt	München	Regensburg	Unterfranken	Zirndorf	Bayern gesamt
Afghanistan			X					X
Ägypten								
Albanien				X				X
Algerien						X		X
Andorra				X				X
Angola								
Antigua und Barbuda								
Äquatorialguinea								
Argentinien								
Armenien						X		X
Aserbajdschan								
Äthiopien					X			X
Australien								
Bahamas								
Bahrain								
Bangladesch								
Barbados				X				X
Belarus							X	X
Belgien								

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Belize								
Benin							X	X
Bhutan								
Bolivien				X				X
Bosnien und Herzegowina				X				X
Botsuana				X				X
Brasilien				X				X
Brit. abh. Geb. Afrika								
Brit. abh. Geb. Amerika								
Brit. abh. Geb. Asien								
Brit. abh. Geb. Australien								
Brit. abh. Geb. Europa								
Brunei							X	X
Bulgarien								
Burkina Faso								
Burundi								
Cabo Verde								
Chile								
China								
Cookinseln								

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Costa Rica								
Dänemark								
Dominica								
Dominikanische Republik								
Dschibuti							X	X
Ecuador								
El Salvador								
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)						X		X
Eritrea		X						X
Estland								
Eswatini							X	X
Fidschi								
Finnland								
Frankreich								
Gabun								
Gambia			X					X
Georgien	X							X
Ghana	X							X
Grenada							X	X
Griechenland								

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Großbritannien mit Nordirland								
Guatemala								
Guinea								
Guinea-Bissau								
Guyana							X	X
Haiti								
Honduras								
Indien								
Indonesien								
Irak			X					X
Iran	X							X
Irland								
Island								
Israel				X				X
Italien								
Jamaika								
Japan								
Jemen				X				X
Jordanien			X					X
Kambodscha								
Kamerun								

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Kanada								
Kasachstan				X			X	X
Katar							X	X
Kenia								
Kirgisistan								
Kiribati								
Kolumbien								
Komoren								
Kongo								
Kongo, Demokratische Republik								
Korea, Demokratische Volksrepublik								
Korea, Republik								
Kosovo, Republik <sup>1</sup>				X				X
Kroatien								
Kuba							X	X
Kuwait								
Laos, Demokratische Volksrepublik								
Lesotho								
Lettland								

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Libanon								
Liberia								
Libyen								
Liechtenstein				X				X
Litauen								
Luxemburg								
Madagaskar								
Malawi								
Malaysia								
Malediven								
Mali								
Malta								
Marokko								
Marshallinseln				X				X
Mauretanien								
Mauritius								
Mexiko								
Mikronesien				X				X
Moldau, Republik							X	X
Monaco				X				X
Mongolei								

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Montenegro, Republik				X				X
Mosambik								
Myanmar								
Namibia								
Nauru							X	X
Nepal, Demokratische Bundesrepublik								
Neuseeland							X	X
Nicaragua								
Niederlande								
Niger								
Nigeria				X				X
Niue							X	X
Nordmazedonien				X				X
Norwegen								
Oman								
Österreich								
Ost-Timor							X	X
Pakistan								
Palästinensische Gebiete (nicht als Staat anerkannt) <sup>3</sup>								

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Palau								
Panama								
Papua-Neuguinea							X	X
Paraguay								
Peru				X				X
Philippinen								
Polen								
Portugal								
Ruanda								
Rumänien							X	X
Russische Föderation	X							X
Salomonen								
Sambia							X	X
Samoa								
San Marino								
Sao Tome und Principe								
Saudi-Arabien							X	X
Schweden								
Schweiz							X	X
Senegal	X	X						X
Serbien, Republik <sup>1</sup>				X				X

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Seychellen								
Sierra Leone				X				X
Simbabwe								
Singapur								
Slowakei							X	X
Slowenien								
Somalia					X			X
Spanien								
Sri Lanka								
St. Kitts und Nevis								
St. Lucia				X				X
St. Vincent, Grenadinen								
Staatenlos				X			X	X
Südafrika								
Sudan <sup>2</sup>								
Südsudan <sup>2</sup>								
Suriname								
Syrien							X	X
Tadschikistan								
Taiwan								
Tansania, Vereinigte Republik				X				X

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Thailand								
Togo								
Tonga								
Trinidad und Tobago								
Tschad								
Tschechien				X				X
Tunesien					X			X
Türkei			X					X
Turkmenistan								
Tuvalu							X	X
Uganda				X				X
Ukraine	X	X	X	X	X	X	X	X
Ungarn								
Ungeklärt				X			X	X
Uruguay								
Usbekistan								
Vanuatu								
Vatikanstadt				X				X
Venezuela				X			X	X
Vereinigte Arabische Emirate								
Vereinigte Staaten von Amerika								

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Vietnam								
Zentralafrikan. Republik								
Zypern								

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Tabelle 3: Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen

Herkunftsland	Berlin	Berlin gesamt	Eisenhüttenstadt	Brandenburg	Bremen	Bremen gesamt	Hamburg	Hamburg gesamt	Gießen	Hessen gesamt
Afghanistan	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Ägypten					X	X				
Albanien	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Algerien			X	X	X	X	X	X		
Andorra										
Angola										
Antigua und Barbuda										
Äquatorialguinea										
Argentinien										
Armenien			X	X	X	X	X	X		
Aserbaidshan	X	X							X	X
Äthiopien									X	X
Australien										
Bahamas										
Bahrain										
Bangladesch										
Barbados										
Belarus										

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Belgien										
Belize									X	X
Benin										
Bhutan										
Bolivien										
Bosnien und Herzegowina	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Botsuana										
Brasilien										
Brit. abh. Geb. Afrika										
Brit. abh. Geb. Amerika							X	X		
Brit. abh. Geb. Asien							X	X		
Brit. abh. Geb. Australien									X	X
Brit. abh. Geb. Europa										
Brunei										
Bulgarien										
Burkina Faso										
Burundi										
Cabo Verde										
Chile										

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

China										
Cookinseln										
Costa Rica										
Dänemark										
Dominica										
Dominikanische Republik										
Dschibuti										
Ecuador							X	X		
El Salvador										
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)										
Eritrea	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Estland							X	X		
Eswatini										
Fidschi										
Finnland										
Frankreich										
Gabun										
Gambia									X	X
Georgien	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Ghana	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Grenada										

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Griechenland									X	X
Großbritannien mit Nordirland										
Guatemala									X	X
Guinea									X	X
Guinea-Bissau										
Guyana										
Haiti										
Honduras										
Indien										
Indonesien										
Irak	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Iran	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Irland										
Island					X	X				
Israel										
Italien										
Jamaika									X	X
Japan										
Jemen	X	X								
Jordanien										
Kambodscha										

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Kamerun			X	X						
Kanada										
Kasachstan										
Katar										
Kenia			X	X						
Kirgisistan										
Kiribati							X	X		
Kolumbien										
Komoren										
Kongo										
Kongo, Demokratische Republik										
Korea, Demokratische Volksrepublik										
Korea, Republik										
Kosovo, Republik <sup>1</sup>	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Kroatien										
Kuba										
Kuwait									X	X
Laos, Demokratische Volksrepublik										

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Lesotho										
Lettland			X	X						
Libanon										
Liberia										
Libyen	X	X							X	X
Liechtenstein										
Litauen	X	X								
Luxemburg										
Madagaskar										
Malawi										
Malaysia										
Malediven										
Mali										
Malta	X	X								
Marokko										
Marshallinseln										
Mauretanien										
Mauritius										
Mexiko										
Mikronesien										
Moldau, Republik	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Monaco										
Mongolei										
Montenegro, Republik	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Mosambik										
Myanmar										
Namibia										
Nauru										
Nepal, Demokratische Bundesrepublik										
Neuseeland										
Nicaragua							X	X		
Niederlande										
Niger										
Nigeria	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Niue										
Nordmazedonien	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Norwegen										
Oman										
Österreich										
Ost-Timor										
Pakistan			X	X						

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Palästinensische Gebiete (nicht als Staat anerkannt) <sup>3</sup>										
Palau										
Panama										
Papua-Neuguinea										
Paraguay										
Peru										
Philippinen										
Polen			X	X						
Portugal										
Ruanda										
Rumänien										
Russische Föderation	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Salomonen										
Sambia										
Samoa										
San Marino										
Sao Tome und Principe										
Saudi-Arabien	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Schweden					X	X				
Schweiz										

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Senegal	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Serbien, Republik <sup>1</sup>	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Seychellen										
Sierra Leone										
Simbabwe										
Singapur	X	X								
Slowakei										
Slowenien									X	X
Somalia	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Spanien										
Sri Lanka										
St. Kitts und Nevis	X	X								
St. Lucia										
St. Vincent, Grenadinen	X	X								
Staatenlos	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Südafrika			X	X						
Sudan <sup>2</sup>										
Südsudan <sup>2</sup>										
Suriname										
Syrien	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Tadschikistan										

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Taiwan										
Tansania, Vereinigte Republik										
Thailand										
Togo										
Tonga										
Trinidad und Tobago										
Tschad			X	X						
Tschechien										
Tunesien			X	X			X	X		
Türkei	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Turkmenistan	X	X								
Tuvalu										
Uganda										
Ukraine			X	X						
Ungarn										
Ungeklärt	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Uruguay										
Usbekistan										
Vanuatu										
Vatikanstadt										
Venezuela										

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Vereinigte Arabische Emirate										
Vereinigte Staaten von Amerika										
Vietnam	X	X	X	X						
Zentralafrikan. Republik										
Zypern										

Tabelle 4: Mecklenburg-Vorpommern

Herkunftsland	Nostorf-Horst	Stern-Buchholz	Mecklenburg-Vorpommern
Afghanistan		X	X
Ägypten			
Albanien		X	X
Algerien		X	X
Andorra			
Angola			
Antigua und Barbuda			
Äquatorialguinea			
Argentinien			
Armenien		X	X
Aserbaidshan			
Äthiopien			
Australien			
Bahamas			
Bahrain			
Bangladesch			
Barbados			
Belarus			

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Belgien			
Belize			
Benin			
Bhutan			
Bolivien			
Bosnien und Herzegowina		X	X
Botsuana			
Brasilien			
Brit. abh. Geb. Afrika			
Brit. abh. Geb. Amerika			
Brit. abh. Geb. Asien			
Brit. abh. Geb. Australien			
Brit. abh. Geb. Europa			
Brunei			
Bulgarien			
Burkina Faso			
Burundi			
Cabo Verde			
Chile	X		X

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

China			
Cookinseln			
Costa Rica	X		X
Dänemark			
Dominica			
Dominikanische Republik			
Dschibuti			
Ecuador			
El Salvador			
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)			
Eritrea		X	X
Estland			
Eswatini			
Fidschi			
Finnland			
Frankreich			
Gabun			
Gambia			
Georgien	X		X
Ghana		X	X
Grenada			

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Griechenland			
Großbritannien mit Nordirland			
Guatemala			
Guinea			
Guinea-Bissau			
Guyana			
Haiti			
Honduras	X		X
Indien			
Indonesien			
Irak		X	X
Iran	X		X
Irland			
Island			
Israel			
Italien			
Jamaika			
Japan			
Jemen			
Jordanien			
Kambodscha			

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Kamerun			
Kanada			
Kasachstan			
Katar			
Kenia			
Kirgisistan			
Kiribati			
Kolumbien			
Komoren			
Kongo			
Kongo, Demokratische Republik			
Korea, Demokratische Volksrepublik			
Korea, Republik			
Kosovo, Republik <sup>1</sup>		X	X
Kroatien			
Kuba			
Kuwait			
Laos, Demokratische Volksrepublik			

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Lesotho			
Lettland			
Libanon			
Liberia			
Libyen			
Liechtenstein			
Litauen			
Luxemburg			
Madagaskar			
Malawi			
Malaysia			
Malediven			
Mali			
Malta			
Marokko			
Marshallinseln			
Mauretanien	X		X
Mauritius			
Mexiko	X		X
Mikronesien			
Moldau, Republik	X		X

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Monaco			
Mongolei			
Montenegro, Republik		X	X
Mosambik			
Myanmar			
Namibia			
Nauru			
Nepal, Demokratische Bundesrepublik			
Neuseeland			
Nicaragua			
Niederlande			
Niger			
Nigeria	X		X
Niue			
Nordmazedonien		X	X
Norwegen	X		X
Oman			
Österreich			
Ost-Timor			
Pakistan			

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Palästinensische Gebiete (nicht als Staat anerkannt) <sup>3</sup>			
Palau			
Panama			
Papua-Neuguinea			
Paraguay			
Peru			
Philippinen			
Polen			
Portugal			
Ruanda			
Rumänien			
Russische Föderation		X	X
Salomonen			
Sambia			
Samoa			
San Marino			
Sao Tome und Principe			
Saudi-Arabien		X	X
Schweden			
Schweiz			

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Senegal		X	X
Serbien, Republik <sup>1</sup>		X	X
Seychellen			
Sierra Leone			
Simbabwe			
Singapur			
Slowakei			
Slowenien			
Somalia		X	X
Spanien			
Sri Lanka			
St. Kitts und Nevis			
St. Lucia			
St. Vincent, Grenadinen			
Staatenlos		X	X
Südafrika			
Sudan <sup>2</sup>			
Südsudan <sup>2</sup>			
Suriname			
Syrien		X	X
Tadschikistan	X		X

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Taiwan			
Tansania, Vereinigte Republik			
Thailand	X		X
Togo			
Tonga			
Trinidad und Tobago			
Tschad			
Tschechien			
Tunesien		X	X
Türkei	X		X
Turkmenistan			
Tuvalu			
Uganda			
Ukraine			
Ungarn			
Ungeklärt		X	X
Uruguay			
Usbekistan			
Vanuatu			
Vatikanstadt			
Venezuela			

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Vereinigte Arabische Emirate			
Vereinigte Staaten von Amerika			
Vietnam			
Zentralafrikan. Republik			
Zypern			

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Tabelle 5: Niedersachsen

Herkunftsland	Bramsche	Braunschweig	Friedland	Oldenburg	Osnabrück	Niedersachsen gesamt
Afghanistan	X	X	X	X		X
Ägypten		X				X
Albanien				X		X
Algerien	X					X
Andorra						
Angola						
Antigua und Barbuda						
Äquatorialguinea						
Argentinien						
Armenien	X					X
Aserbaidshan						
Äthiopien						
Australien						
Bahamas	X					X
Bahrain						
Bangladesch						
Barbados						
Belarus						

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Belgien						
Belize						
Benin						
Bhutan	X					X
Bolivien						
Bosnien und Herzegowina		X				X
Botsuana						
Brasilien						
Brit. abh. Geb. Afrika						
Brit. abh. Geb. Amerika						
Brit. abh. Geb. Asien						
Brit. abh. Geb. Australien						
Brit. abh. Geb. Europa						
Brunei						
Bulgarien						
Burkina Faso						
Burundi		X				X
Cabo Verde						
Chile						

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

China						
Cookinseln						
Costa Rica						
Dänemark	X					X
Dominica						
Dominikanische Republik						
Dschibuti						
Ecuador						
El Salvador						
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)	X			X		X
Eritrea				X		X
Estland						
Eswatini						
Fidschi						
Finnland						
Frankreich						
Gabun	X					X
Gambia	X					X
Georgien	X	X				X
Ghana	X					X
Grenada						

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Griechenland						
Großbritannien mit Nordirland	X					X
Guatemala						
Guinea	X			X		X
Guinea-Bissau						
Guyana						
Haiti	X					X
Honduras						
Indien						
Indonesien						
Irak	X		X	X		X
Iran	X			X		X
Irland						
Island						
Israel						
Italien						
Jamaika						
Japan						
Jemen						
Jordanien						
Kambodscha						

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Kamerun						
Kanada						
Kasachstan						
Katar						
Kenia						
Kirgisistan						
Kiribati						
Kolumbien	X					X
Komoren						
Kongo						
Kongo, Demokratische Republik						
Korea, Demokratische Volksrepublik						
Korea, Republik						
Kosovo, Republik <sup>1</sup>		X				X
Kroatien						
Kuba						
Kuwait						
Laos, Demokratische Volksrepublik	X					X

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Lesotho						
Lettland						
Libanon	X		X			X
Liberia	X					X
Libyen						
Liechtenstein						
Litauen						
Luxemburg						
Madagaskar		X				X
Malawi						
Malaysia						
Malediven						
Mali						
Malta						
Marokko						
Marshallinseln						
Mauretanien						
Mauritius						
Mexiko						
Mikronesien						
Moldau, Republik	X					X

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Monaco						
Mongolei						
Montenegro, Republik		X				X
Mosambik		X				X
Myanmar						
Namibia						
Nauru						
Nepal, Demokratische Bundesrepublik	X					X
Neuseeland						
Nicaragua						
Niederlande						
Niger						
Nigeria	X			X		X
Niue						
Nordmazedonien		X				X
Norwegen						
Oman						
Österreich						
Ost-Timor						
Pakistan	X			X		X

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Palästinensische Gebiete (nicht als Staat anerkannt) <sup>3</sup>	X		X			X
Palau						
Panama						
Papua-Neuguinea						
Paraguay						
Peru						
Philippinen	X					X
Polen						
Portugal						
Ruanda		X				X
Rumänien						
Russische Föderation			X	X		X
Salomonen						
Sambia						
Samoa						
San Marino						
Sao Tome und Principe	X					X
Saudi-Arabien	X					X
Schweden						
Schweiz						

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Senegal	X					X
Serbien, Republik <sup>1</sup>	X					X
Seychellen						
Sierra Leone						
Simbabwe	X					X
Singapur						
Slowakei						
Slowenien						
Somalia		X				X
Spanien						
Sri Lanka						
St. Kitts und Nevis						
St. Lucia						
St. Vincent, Grenadinen						
Staatenlos	X		X			X
Südafrika						
Sudan <sup>2</sup>		X		X		X
Südsudan <sup>2</sup>						
Suriname						
Syrien	X	X	X	X		X
Tadschikistan						

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Taiwan						
Tansania, Vereinigte Republik						
Thailand						
Togo						
Tonga						
Trinidad und Tobago						
Tschad						
Tschechien						
Tunesien						
Türkei	X	X	X	X		X
Turkmenistan						
Tuvalu						
Uganda						
Ukraine						
Ungarn	X					X
Ungeklärt	X	X				X
Uruguay						
Usbekistan						
Vanuatu	X					X
Vatikanstadt					X	X
Venezuela						

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Vereinigte Arabische Emirate						
Vereinigte Staaten von Amerika						
Vietnam						
Zentralafrikan. Republik						
Zypern						

Tabelle 6: Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz

Herkunftsland	Bochum	Nordrhein- Westfalen gesamt	Speyer	Trier	Rheinland- Pfalz
Afghanistan	X	X	X	X	X
Ägypten					
Albanien	X	X		X	X
Algerien					
Andorra					
Angola	X	X			
Antigua und Barbuda					
Äquatorialguinea				X	X
Argentinien	X	X			
Armenien					
Aserbaidshan	X	X		X	X
Äthiopien					
Australien	X	X			
Bahamas					
Bahrain				X	X
Bangladesch	X	X			
Barbados					
Belarus					

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Belgien	X	X			
Belize					
Benin					
Bhutan					
Bolivien					
Bosnien und Herzegowina	X	X		X	X
Botsuana					
Brasilien					
Brit. abh. Geb. Afrika					
Brit. abh. Geb. Amerika					
Brit. abh. Geb. Asien					
Brit. abh. Geb. Australien					
Brit. abh. Geb. Europa					
Brunei					
Bulgarien				X	X
Burkina Faso				X	X
Burundi	X	X			
Cabo Verde					
Chile					

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

China	X	X			
Cookinseln					
Costa Rica					
Dänemark					
Dominica					
Dominikanische Republik					
Dschibuti					
Ecuador					
El Salvador				X	X
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)					
Eritrea	X	X	X	X	X
Estland					
Eswatini					
Fidschi				X	X
Finnland					
Frankreich					
Gabun					
Gambia					
Georgien	X	X		X	X
Ghana	X	X		X	X
Grenada					

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Griechenland					
Großbritannien mit Nordirland					
Guatemala					
Guinea	X	X			
Guinea-Bissau					
Guyana					
Haiti					
Honduras					
Indien					
Indonesien					
Irak	X	X	X	X	X
Iran	X	X	X	X	X
Irland					
Island					
Israel					
Italien					
Jamaika					
Japan					
Jemen					
Jordanien					
Kambodscha					

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Kamerun	X	X			
Kanada					
Kasachstan					
Katar					
Kenia					
Kirgisistan	X	X			
Kiribati					
Kolumbien				X	X
Komoren					
Kongo	X	X			
Kongo, Demokratische Republik	X	X			
Korea, Demokratische Volksrepublik					
Korea, Republik					
Kosovo, Republik <sup>1</sup>	X	X		X	X
Kroatien	X	X			
Kuba					
Kuwait					
Laos, Demokratische Volksrepublik					

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Lesotho	X	X			
Lettland					
Libanon	X	X			
Liberia					
Libyen			X	X	X
Liechtenstein					
Litauen					
Luxemburg				X	X
Madagaskar					
Malawi	X	X			
Malaysia				X	X
Malediven					
Mali	X	X			
Malta					
Marokko	X	X			
Marshallinseln					
Mauretanien					
Mauritius				X	X
Mexiko					
Mikronesien					
Moldau, Republik	X	X		X	X

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Monaco					
Mongolei	X	X			
Montenegro, Republik	X	X		X	X
Mosambik					
Myanmar	X	X			
Namibia					
Nauru					
Nepal, Demokratische Bundesrepublik					
Neuseeland					
Nicaragua					
Niederlande	X	X			
Niger					
Nigeria	X	X	X	X	X
Niue					
Nordmazedonien	X	X		X	X
Norwegen					
Oman					
Österreich					
Ost-Timor					
Pakistan	X	X			

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Palästinensische Gebiete (nicht als Staat anerkannt) <sup>3</sup>					
Palau					
Panama					
Papua-Neuguinea					
Paraguay	X	X			
Peru					
Philippinen					
Polen					
Portugal					
Ruanda					
Rumänien					
Russische Föderation	X	X	X	X	X
Salomonen	X	X			
Sambia					
Samoa					
San Marino					
Sao Tome und Principe					
Saudi-Arabien	X	X	X		X
Schweden					
Schweiz					

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Senegal	X	X	X	X	X
Serbien, Republik <sup>1</sup>	X	X		X	X
Seychellen					
Sierra Leone					
Simbabwe					
Singapur					
Slowakei					
Slowenien					
Somalia	X	X		X	X
Spanien					
Sri Lanka					
St. Kitts und Nevis					
St. Lucia					
St. Vincent, Grenadinen					
Staatenlos	X	X	X	X	X
Südafrika					
Sudan <sup>2</sup>			X	X	X
Südsudan <sup>2</sup>				X	X
Suriname	X	X			
Syrien	X	X	X	X	X
Tadschikistan					

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Taiwan	X	X			
Tansania, Vereinigte Republik					
Thailand					
Togo					
Tonga					
Trinidad und Tobago					
Tschad					
Tschechien					
Tunesien					
Türkei	X	X	X	X	X
Turkmenistan					
Tuvalu					
Uganda					
Ukraine				X	X
Ungarn					
Ungeklärt	X	X		X	X
Uruguay					
Usbekistan	X	X			
Vanuatu					
Vatikanstadt					
Venezuela	X	X			

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Vereinigte Arabische Emirate	X	X			
Vereinigte Staaten von Amerika					
Vietnam					
Zentralafrikan. Republik				X	X
Zypern	X	X			

Tabelle 7: Saarland, Sachsen

Herkunftsland	Lebach	Saarland gesamt	Chemnitz	Dresden	Leipzig	Sachsen gesamt
Afghanistan	X	X	X	X	X	X
Ägypten	X	X				
Albanien	X	X		X		X
Algerien	X	X				
Andorra						
Angola						
Antigua und Barbuda						
Äquatorialguinea						
Argentinien						
Armenien	X	X				
Aserbaidshan			X			X
Äthiopien					X	X
Australien						
Bahamas						
Bahrain						
Bangladesch						
Barbados						

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Belarus						
Belgien						
Belize						
Benin						
Bhutan						
Bolivien						
Bosnien und Herzegowina	X	X		X		X
Botsuana						
Brasilien						
Brit. abh. Geb. Afrika					X	X
Brit. abh. Geb. Amerika						
Brit. abh. Geb. Asien						
Brit. abh. Geb. Australien						
Brit. abh. Geb. Europa						
Brunei						
Bulgarien						
Burkina Faso						
Burundi						
Cabo Verde						

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Chile						
China						
Cookinseln				X		X
Costa Rica						
Dänemark						
Dominica						
Dominikanische Republik						
Dschibuti						
Ecuador						
El Salvador						
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)						
Eritrea	X	X			X	X
Estland						
Eswatini						
Fidschi						
Finnland						
Frankreich	X	X				
Gabun						
Gambia						
Georgien	X	X	X	X	X	X
Ghana	X	X			X	X

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Grenada						
Griechenland						
Großbritannien mit Nordirland						
Guatemala						
Guinea						
Guinea-Bissau						
Guyana						
Haiti						
Honduras						
Indien			X			X
Indonesien						
Irak	X	X	X	X		X
Iran	X	X	X	X		X
Irland						
Island						
Israel						
Italien					X	X
Jamaika						
Japan						
Jemen						
Jordanien						

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Kambodscha						
Kamerun						
Kanada	X	X				
Kasachstan						
Katar						
Kenia						
Kirgisistan						
Kiribati						
Kolumbien						
Komoren						
Kongo						
Kongo, Demokratische Republik						
Korea, Demokratische Volksrepublik						
Korea, Republik						
Kosovo, Republik <sup>1</sup>	X	X		X		X
Kroatien						
Kuba						
Kuwait						

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Laos, Demokratische Volksrepublik						
Lesotho						
Lettland						
Libanon				X		X
Liberia						
Libyen			X	X		X
Liechtenstein						
Litauen						
Luxemburg						
Madagaskar						
Malawi						
Malaysia						
Malediven						
Mali						
Malta						
Marokko						
Marshallinseln						
Mauretanien						
Mauritius						
Mexiko						

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Mikronesien						
Moldau, Republik	X	X	X			X
Monaco						
Mongolei						
Montenegro, Republik	X	X		X		X
Mosambik						
Myanmar						
Namibia						
Nauru						
Nepal, Demokratische Bundesrepublik						
Neuseeland						
Nicaragua						
Niederlande						
Niger						
Nigeria	X	X			X	X
Niue						
Nordmazedonien	X	X		X		X
Norwegen						
Oman	X	X				
Österreich						

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Ost-Timor						
Pakistan			X			X
Palästinensische Gebiete (nicht als Staat anerkannt) <sup>3</sup>			X	X		X
Palau				X		X
Panama						
Papua-Neuguinea						
Paraguay						
Peru						
Philippinen						
Polen						
Portugal						
Ruanda						
Rumänien						
Russische Föderation	X	X	X	X		X
Salomonen						
Sambia						
Samoa						
San Marino						
Sao Tome und Principe						
Saudi-Arabien	X	X			X	X

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Schweden						
Schweiz						
Senegal	X	X			X	X
Serbien, Republik <sup>1</sup>	X	X		X		X
Seychellen						
Sierra Leone						
Simbabwe						
Singapur						
Slowakei						
Slowenien						
Somalia	X	X			X	X
Spanien						
Sri Lanka						
St. Kitts und Nevis						
St. Lucia						
St. Vincent, Grenadinen						
Staatenlos	X	X	X	X		X
Südafrika						
Sudan <sup>2</sup>						
Südsudan <sup>2</sup>						
Suriname						

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Syrien	X	X	X	X	X	X
Tadschikistan						
Taiwan						
Tansania, Vereinigte Republik						
Thailand						
Togo						
Tonga				X		X
Trinidad und Tobago						
Tschad						
Tschechien						
Tunesien						
Türkei	X	X	X			X
Turkmenistan						
Tuvalu						
Uganda						
Ukraine						
Ungarn						
Ungeklärt	X	X	X	X		X
Uruguay						
Usbekistan						
Vanuatu						

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Vatikanstadt						
Venezuela				X	X	X
Vereinigte Arabische Emirate						
Vereinigte Staaten von Amerika						
Vietnam						
Zentralafrikan. Republik						
Zypern						

Tabelle 8: Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen

Herkunftsland	Halberstadt	Magdeburg	Sachsen-Anhalt gesamt	Neumünster	Schleswig-Holstein gesamt	Suhl	Thüringen gesamt
Afghanistan	X		X	X	X	X	X
Ägypten							
Albanien	X		X	X	X	X	X
Algerien							
Andorra							
Angola							
Antigua und Barbuda							
Äquatorialguinea							
Argentinien							
Armenien							
Aserbaidshan	X		X	X	X	X	X
Äthiopien							
Australien							
Bahamas							
Bahrain							
Bangladesch							
Barbados							

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Belarus							
Belgien							
Belize							
Benin							
Bhutan							
Bolivien							
Bosnien und Herzegowina	X		X	X	X	X	X
Botsuana							
Brasilien							
Brit. abh. Geb. Afrika							
Brit. abh. Geb. Amerika							
Brit. abh. Geb. Asien							
Brit. abh. Geb. Australien							
Brit. abh. Geb. Europa				X	X		
Brunei							
Bulgarien							
Burkina Faso							
Burundi							
Cabo Verde							

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Chile							
China							
Cookinseln							
Costa Rica							
Dänemark							
Dominica				X	X		
Dominikanische Republik				X	X		
Dschibuti							
Ecuador							
El Salvador							
Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire)							
Eritrea	X		X	X	X	X	X
Estland							
Eswatini							
Fidschi							
Finnland				X	X		
Frankreich							
Gabun							
Gambia	X		X				
Georgien	X		X	X	X	X	X
Ghana	X		X	X	X	X	X

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Grenada							
Griechenland							
Großbritannien mit Nordirland							
Guatemala							
Guinea							
Guinea-Bissau	X		X				
Guyana							
Haiti							
Honduras							
Indien	X		X				
Indonesien						X	X
Irak	X		X	X	X	X	X
Iran	X		X	X	X	X	X
Irland						X	X
Island							
Israel							
Italien							
Jamaika							
Japan				X	X		
Jemen				X	X		
Jordanien							

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Kambodscha						X	X
Kamerun							
Kanada							
Kasachstan							
Katar							
Kenia							
Kirgisistan							
Kiribati							
Kolumbien							
Komoren							
Kongo							
Kongo, Demokratische Republik							
Korea, Demokratische Volksrepublik							
Korea, Republik							
Kosovo, Republik <sup>1</sup>	X		X	X	X	X	X
Kroatien							
Kuba							
Kuwait							

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Laos, Demokratische Volksrepublik							
Lesotho							
Lettland							
Libanon							
Liberia							
Libyen				X	X		
Liechtenstein							
Litauen							
Luxemburg							
Madagaskar							
Malawi							
Malaysia							
Malediven							
Mali							
Malta							
Marokko	X		X			X	X
Marshallinseln							
Mauretanien							
Mauritius							
Mexiko							

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Mikronesien							
Moldau, Republik	X		X	X	X	X	X
Monaco							
Mongolei							
Montenegro, Republik	X		X	X	X	X	X
Mosambik							
Myanmar							
Namibia	X		X				
Nauru							
Nepal, Demokratische Bundesrepublik							
Neuseeland							
Nicaragua							
Niederlande							
Niger	X		X				
Nigeria	X		X	X	X	X	X
Niue							
Nordmazedonien	X		X	X	X	X	X
Norwegen							
Oman							
Österreich							

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Ost-Timor							
Pakistan							
Palästinensische Gebiete (nicht als Staat anerkannt) <sup>3</sup>							
Palau							
Panama				X	X		
Papua-Neuguinea							
Paraguay							
Peru							
Philippinen							
Polen							
Portugal	X		X				
Ruanda							
Rumänien							
Russische Föderation	X		X	X	X	X	X
Salomonen							
Sambia							
Samoa				X	X		
San Marino							
Sao Tome und Principe							
Saudi-Arabien	X		X	X	X	X	X

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Schweden							
Schweiz							
Senegal	X		X	X	X	X	X
Serbien, Republik <sup>1</sup>	X		X	X	X	X	X
Seychellen						X	X
Sierra Leone							
Simbabwe							
Singapur							
Slowakei							
Slowenien							
Somalia	X		X	X	X	X	X
Spanien							
Sri Lanka							
St. Kitts und Nevis							
St. Lucia							
St. Vincent, Grenadinen							
Staatenlos	X		X	X	X	X	X
Südafrika							
Sudan <sup>2</sup>							
Südsudan <sup>2</sup>							
Suriname							

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Syrien	X		X	X	X	X	X
Tadschikistan							
Taiwan							
Tansania, Vereinigte Republik							
Thailand							
Togo							
Tonga							
Trinidad und Tobago						X	X
Tschad							
Tschechien							
Tunesien							
Türkei	X		X	X	X	X	X
Turkmenistan							
Tuvalu							
Uganda							
Ukraine							
Ungarn							
Ungeklärt	X		X	X	X	X	X
Uruguay				X	X		
Usbekistan							
Vanuatu							

Anlage zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 21/3801 – Zuständigkeiten der Erstaufnahmeeinrichtungen, Stand: 26. Januar 2026

Vatikanstadt		X	X				
Venezuela							
Vereinigte Arabische Emirate							
Vereinigte Staaten von Amerika							
Vietnam							
Zentralafrikan. Republik							
Zypern							

Legende:

- 1 Mit E-Mail des Stat. Bundesamtes vom 06.05.2008 - 07:18 Uhr wurde aufgrund der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo vom 17.02.2008 die sofortige Verwendung der neuen HKL-Nrn. angeordnet.
- 2 Mit E-Mail des Stat. Bundesamtes vom 11.07.2011 - 11:22 Uhr wurde aufgrund der Unabhängigkeitserklärung der Republik Südsudan vom 11.07.2011. die sofortige Verwendung der neuen HKL-Nrn. angeordnet.
- 3 Für Personen mit Pässen der palästinensischen Autonomiebehörde.

